



Die neue Landnahme

AMAZONIEN im Visier
des **Agrobusiness**

Thilo F. Papacek

Die neue Landnahme

Amazonien im Visier des Agrobusiness
von Thilo F. Papacek | FDCL Berlin, 2009

© FDCL Berlin, 2009

Herausgegeben von:
Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika – FDCL e.V.
Gneisenastraße 2a
D-10961 Berlin
Fon: +49-(0)30-693 40 29
Fax: +49-(0)30-692 65 90
eMail: info@fdcl.org
Internet: <http://www.fdcl.org>

Autor: Thilo F. Papacek
Verlag: FDCL-Verlag, Berlin

Layout: Mathias Hohmann
Druck: agit Druck, Berlin

Diese Publikation wurde gefördert von der InWEnt GmbH
aus Mitteln des BMZ und der Stiftung Umverteilen!

Die Verantwortung für die hier vertretenen Positionen
liegt ausschließlich bei den Autoren.

Umschlagfoto: ©Markus Mauthe/Greenpeace/2006 (Im
Bundesstaat Mato Grosso in Brasilien. Regenwald wird für den
Anbau von Soja entlang des Highway 163 niedergebrannt.)

ISBN-13: 978-3-923020-47-8



Die neue Landnahme

AMAZONIEN im Visier
des Agrobusiness

FDCL Verlag

Thilo F. Papacek

INHALT

I.	Der Globale Griff nach Land	3
I.1	<i>Land Grabbing</i> – ein neues Phänomen?	3
I.2	Probleme und Risiken der Landnahme	4
I.3	Landnahme in Amazonien	5
II.	Amazoniens Land – Wem gehört es, wer will es?	8
II.1	Was ist Amazonien?	8
II.2	Wer sind die Amazonier?	9
II.3	Wem gehört Amazonien?	14
II.4	Wer will Amazonien?	18
II.5	Straßen in den Wald – Infrastrukturprojekte in Amazonien – IIRSA et al.	23
III.	Fazit	27
IV.	Bibliografie	28

I. Der Globale Griff nach Land

I.1 *Land Grabbing* – ein neues Phänomen?

Anfang 2009 erschütterten massive Proteste den Inselstaat Madagaskar. Die Demonstrationen richteten sich gegen die Entscheidung der Regierung, dem südkoreanischen Konzern Daewoo Logistics insgesamt 1,3 Millionen Hektar Agrarland für 99 Jahre zu verpachten – diese Fläche ist ungefähr die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Flächen des Landes. Daewoo plante, auf den Pachtflächen Palmöl und Mais für den Export nach Südkorea zu produzieren. Kleinbäuerinnen und -bauern befürchteten, dass sie von ihren eigenen Äckern – für die sie häufig genug keine offiziellen Besitztitel vorweisen können – vertrieben werden; und auch die nicht direkt betroffenen kleinbäuerlichen Betriebe würden unweigerlich durch ein so gigantisches Projekt in Mitleidenschaft geraten – denn riesige Plantagen brauchen riesige Mengen Wasser, das dann den kleinen Betrieben fehlt (vgl. Schneider/von Oppeln 2009).

Derartige Nachrichten erreichen uns aus vielen armen Regionen der Welt. Finanzinstitute, Investitionsfonds und andere Unternehmen investieren gegenwärtig in die Landwirtschaft wie noch nie. Nach Angaben des Internationalen Instituts zur Erforschung von Ernährungspolitik IFPRI wurden von 2006 bis 2009 zwischen 14 und 20 Millionen Hektar Land in als arm geltenden Ländern an ausländische InvestorInnen verkauft (vgl. Moreno/Mittal 2008: 5).

Schon immer war Land ein Wert. Und bereits seit dem 19. Jahrhundert investieren Unternehmen und Finanzinstitute im großen Stil in die Landwirtschaft. Doch während in den vergangenen Jahrzehnten und davor ein Geschäft über 100.000 Hektar als riesig galt, können die Verträge, die in den letzten Jahren geschlossen wurden, zehnmal so große Flächen betreffen. Die neue Landnahme hat riesige Ausmaße erreicht.

Auf dem Treffen der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen FAO am 12. Oktober dieses Jahres in Rom, dem Vorbereitungstreffen für den UN-Welternährungsgipfel im November, stellten die TeilnehmerInnen in ihrer Abschlusserklärung fest, dass insgesamt 83 Milliarden US-Dollar bis 2050 in die Landwirtschaft investiert werden müssten, um die voraussichtlich 9,1 Milliarden Menschen zu ernähren, die dann leben werden. Die Weltbevölkerung wächst, doch die zur Verfügung stehenden Flächen zum Anbau von Nahrungsmitteln wachsen nicht im selben Maß – Land ist eine begrenzte Ressource. Nach Angaben der Koordination für Umweltfragen der Vereinten Nationen UNEP von 1987 standen der gesamten Bevölkerung unseres Planeten etwa 0,28 Hektar Land pro Kopf zur Verfügung; 2003 waren es nur noch 0,22 Hektar pro Kopf – Tendenz sinkend (vgl. Schneider/von Oppeln 2009). Um mehr Ackerland zu gewinnen, müssen Naturräume – meistens Wälder wie im Amazonasgebiet – in Agrarflächen umgewandelt werden. Doch auch wachsende Anbauflächen infolge solcher Rodungen gleichen langfristig nicht den Bedarf einer weiter wachsenden Weltbevölkerung aus. Hinzu kommen nicht nur die begrenzte landwirtschaftlich nutzbare Erdoberfläche sondern auch noch der Klimawandel. Immer weitere Teile der bewirtschaftbaren Flächen verwüsten oder versalzen in stärkerem Maße. Die ohnehin begrenzten Flächen, auf denen Nahrungsmittel produziert werden können, werden dadurch noch knapper.

Ein weiterer Faktor, der die Nahrungsmittelproduktion unter Druck setzt, ist die Energiekrise. Praktisch die gesamte Weltwirtschaft ist von Erdöl abhängig, doch diese Ressource ist ebenfalls begrenzt. Als Alternative zum Erdöl werden Treibstoffe aus der Agrarproduktion gehandelt. Aus ölhaltigen Pflanzen

wie Ölpalmen und Soja oder aus Zuckerrohr und Mais soll der Spirit für das neue Jahrtausend produziert werden. Angeblich sei dies eine Möglichkeit, den Klimawandel zu beherrschen, da die Pflanzen ja Kohlendioxid speichern. Der ökologische Wert von Agrartreibstoffen ist allerdings sehr stark umstritten, da die Pflanzen in Monokultur angebaut werden und über kurz oder lang die Böden auslaugen. Dennoch bietet dieser Sektor aus rein wirtschaftlicher Sicht enorme Wachstumsraten – zuungunsten der Nahrungsmittelproduktion. Wo Zuckerrohr und Ölpalmen für die Treibstoffproduktion angebaut werden, können keine Nahrungsmittel produziert werden, die Menschen satt machen. Wenn also die Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen zunimmt, verknappen Nahrungsmittel und steigen ihre Preise.

Viele Finanzinstitute und Investitionsfonds haben diese Faktoren sorgfältig studiert – und sind zu dem Schluss gekommen, dass Investitionen in landwirtschaftliche Flächen auf lange Sicht enorme Profite abwerfen können. Die Preise für Ackerland wachsen enorm und werden es in Zukunft immer weiter tun. Bereits jetzt steigen die Lebensmittelpreise. Und auch Agrartreibstoffe sollen in der Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen. Es ist abzusehen, dass sich diese Situation weiter verschärfen wird. Etliche Finanzinstitute investieren nun Milliardenbeträge in die Landwirtschaft. Daewoo Logistics ist da nur ein Beispiel. Zahlreiche andere Investitionsfonds und Unternehmen kaufen immer größere Flächen auf, um darauf

Landwirtschaft betreiben zu lassen – egal ob für Agrartreibstoffe oder um Nahrung zu produzieren. Saudi-Arabien hat mit Agriinvest eine staatliche Gesellschaft geschaffen, die in tropischen Ländern Landflächen aufkauft, um dort Nahrungsmittel zu produzieren. Die Bevölkerung des Landes am Persischen Golf wächst und ist abhängig von Nahrungsmittelimporten. Um eine zu starke Abhängigkeit vom Weltmarkt in der Zukunft – wenn die Nahrungssituation sich deutlich verschärfen könnte – zu vermeiden, soll das Unternehmen Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung produzieren.

Die aktuelle globale Finanzkrise hat den weltweiten Wettbewerb um Landerwerb noch zusätzlich angestachelt. Derzeit sind die Interessen an kurzzeitigen, hochspekulativen Geldanlagen deutlich zurück gegangen. Investitionen in die Landwirtschaft haben zwar keine kurzzeitigen Gewinnaussichten – dafür bieten sie aber, was die meisten Finanzpapiere derzeit kaum bieten können: Sicherheit. Und darüber hinaus die Aussicht auf einen ordentlichen Profit – wenn auch eher auf lange Sicht. Die neue Landnahme – das sind strategische Investitionen, die auf Jahrzehnte, ja für an die hundert Jahre ausgelegt sind. Und so bemühen sich derzeit unzählige multinationale Unternehmen und Finanzinstitute darum, ein Stückchen Land zu ergattern – was auch schon mal so groß wie ein ganzes Land sein kann. Kurz: Landwirtschaft boomt, und die Landnahme – das *land grabbing* – ist neu vor allem im Hinblick auf die Dimensionen und neue Akteure (vgl. Rinke 18.8.2009).

I.2 Probleme und Risiken der Landnahme

Was ist nun das Problem an dieser Entwicklung? Ist es nicht sinnvoll, wenn möglichst viel Kapital in die Landwirtschaft gepumpt wird? Ist es nicht das, was auf dem UN-Welternährungsgipfel in Rom gefordert wurde?

Es hat zumindest den Anschein, als seien diese Investitionen in die Landwirtschaft notwendig, um die Weltbevölkerung in Zukunft mit ausreichend Nahrung versorgen zu können. Unternehmen, die sich an der Landnahme beteiligen, stellen es nur zu gerne so dar. Große Agrarunternehmen werben

damit, dass sie Nahrung produzieren – was ja an sich keine schlechte Sache ist.

Doch die Realität sieht anders aus, denn es sind nicht nur Unternehmen, die sich an der globalen Landnahme beteiligen. Auch Regierungen kaufen mittlerweile in den Ländern des Südens riesige Landflächen, um auf Plantagen Agrartreibstoffe und Nahrungsmittel zu produzieren. Doch sollen diese Produkte nicht in den Ländern, wo sie angebaut werden, auf dem Markt abgesetzt werden. Es ist vielmehr geplant, dass diese Agrarprodukte in

die Länder zurückfließen sollen, welche die Investition getätigt haben. China, Indien, reiche Staaten aus dem arabischen Golf und andere Staaten kaufen gigantische Ländereien in anderen Staaten, um dort für die Nahrungsmittelsicherheit der *eigenen* Bevölkerung zu sorgen. So kommt es zur paradoxen Situation, dass Agroinvest in Äthiopien Nahrungsmittel für den Export nach Saudi Arabien produziert, während die äthiopische Bevölkerung von Nahrungsmittelimporten abhängig ist. In einem Interview mit dem *Handelsblatt* sagte der Präsident des Internationalen Instituts zur Erforschung von Ernährungspolitik IFPRI, Joachim von Braun: „Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn nun etwa in Entwicklungsländern Getreidelaster für den Export an hungernden Menschen vorbeirollen“ (*Handelsblatt* 18.08.2009). Doch genau dies geschieht.

Für die Regierungen der armen Länder bedeuten die riesigen Investitionen von reichen Ländern und Finanzunternehmen einen kurzfristigen monetären Gewinn. Die negativen Effekte des *land grabbing* für die Bevölkerung zeichnen sich jedoch bereits düster ab. Die arme Bevölkerung der Länder, welche die Anbauflächen veräußern, lebt vor allem auf dem Land – nach Schätzungen der Welthungerhilfe sind dies weltweit 75 Prozent der armen Bevölkerung. Hunger herrscht also vor allem dort, wo unter schlechten Bedingungen Landwirtschaft betrieben wird (Schneider/von Oppeln 2009). Es sind meist subsistenzwirtschaftende Kleinbäuerinnen und -bauern, mit prekären Besitztiteln für das Land, das sie bewirtschaften, die an Mangelernährung leiden. Die Landnahme durch große Agrarunternehmen droht diese Kleinbäuerinnen und -bauern in ihrer Existenz noch stärker unter Druck zu setzen. Kleinlandwirtschaftliche Strukturen in den

armen Ländern werden zerstört, die LandwirtInnen werden vertrieben, um Platz zu schaffen für die riesigen Farmen der Agrarindustrie. Plantagen brauchen auch eine aufwendige Infrastruktur. Bewässerungssysteme und Straßen müssen gebaut werden – doch solche Investitionen richten sich nur nach den Bedürfnissen der ausländischen Investoren. Die Interessen der einheimischen Landbevölkerung werden im Rahmen solch großer Projekte nicht beachtet. Den kleinbäuerlichen Betrieben, die in der Nachbarschaft großer Plantagen existieren, wird häufig im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser abgegraben – mit dem Wasser werden die Feldfrüchte gegossen, die für den Export oder für die Produktion von Agrartreibstoffen vorgesehen sind.

Im Abschlussdokument der FAO-Konferenz vom 12. Oktober in Rom wird gewarnt, dass Pachtverträge über riesige Landflächen nicht die Ernährungssicherheit der betroffenen Länder gefährden dürfen. Doch bahnt sich genau dies an, wenn ein großer Teil der Bevölkerung auf dem Lande lebt, sich von den selbst angebauten Produkten ernährt und infolge des *land grabbing* vertrieben wird. Große Unternehmen und reiche Staaten wollen zukünftig Nahrungsmittel für die Bevölkerung in den Industrie- und Schwellenländern produzieren, während die einheimische Bevölkerung hungert. Kritische Stimmen sprechen in diesem Zusammenhang von einem neuen Kolonialismus.

Um in der Zukunft genug Nahrungsmittel für die Weltbevölkerung zu produzieren, sind Investitionen in die Landwirtschaft gewiss notwendig; Doch die Art und Weise, mit der es derzeit geschieht, wird die Hungersituation in der Welt eher noch verschlimmern.

I.3 Landnahme in Amazonien

Die großflächig-industrielle Landwirtschaft schreitet insbesondere im brasilianischen und bolivianischen Amazonasgebiet immer weiter voran. Zudem sind die Interessen an den unterirdischen mineralischen Rohstoffen ein wichtiger Faktor bei der fortschreitenden Zerstörung des Regenwaldes. Man spricht von der Landwirtschafts-*frontier* oder auch spanisch/

portugiesisch *frontera/fronteira*. Der *frontier*-Begriff kommt aus der US-amerikanischen Geschichtsschreibung und bezeichnet eine fortschreitende Grenze, die nicht als Linie gedacht ist – mit dem *frontier*-Begriff wird das stetige Wachsen der USA im 19. Jahrhundert beschrieben. Der Begriff steht also im Gegensatz zur *border*, dem anderen Wort

für Grenze. Der *frontier*-Mythos ist eine eurozentrische Entwicklungsideologie: scheinbar wertlose – weil nicht in kapitalistischer Manier ausgebeutete – Landstriche werden als „leer“ und „unbewohnt“ dargestellt, obwohl in diesen Gebieten seit Jahrhunderten Menschen leben – nur eben anders als EuropäerInnen. Diese Menschen schreiben dem Raum einen anderen Wert zu, der in der europäisch-kapitalistischen Sicht nicht existiert. Das aus europäischer Sicht „leere Land“ gelte es zu besiedeln. So soll eine neue Zivilisation aus der einstigen „Wildnis“ entstehen. Insbesondere für die USA ist dieser Mythos grundlegend für das eigene Selbstverständnis – und in Lateinamerika wurde dieser Mythos kopiert: Würden erst einmal die eigenen „leeren“ Landflächen kolonisiert und „zivilisiert“, so die Überlegung der Entwicklungsideologien der 1960er und 1970er Jahre, würde man die Entwicklung der USA quasi „nachholen“ und ebenfalls zu einer großen und mächtigen Wirtschaftsnation werden.

Seit den Kolonialzeiten rückt in Südamerika diese fließende Grenze der landwirtschaftlichen Inwertsetzung immer weiter in das Innere des Kontinentes vor. Dabei werden Naturräume, wie der amazonische Regenwald oder die *Cerrado*-Feuchtsavanne unwiederbringlich zerstört. Auf der Suche nach Flächen, um wertvolle Hölzer zu schlagen, Rinderweiden anzulegen und schließlich Baumwolle, Bohnen, Mais und vor allem Soja anzubauen, dringen AgrarunternehmerInnen immer weiter in bislang wenig erschlossene Gebiete vor.

Diese Entwicklung hat sich in Südamerika ab den 1960er Jahren verstärkt. Die damaligen Regierungen der Länder Südamerikas begannen, die „Besiedelung“ bislang wenig erschlossener Gebiete zu fördern, damit Feldfrüchte und Rindfleisch für den Export produziert werden konnten. Diese damals so genannte „grüne Revolution“ zielte darauf, die Handelsbilanz der jeweiligen Länder aufzubessern sowie Wohlstand und Entwicklung zu bringen. Darüber hinaus sollten Landkonflikte in bereits dichter besiedelten Regionen entschärft werden, indem man die landlose Bevölkerung in die „Wildnis“ abschob. Auf diese Weise sollte eine Landreform, die Kleinbäuerinnen und -bauern sowie LandarbeiterInnen ohne eigenes Land forderten, unnötig gemacht werden (vgl. Kapitel II.2).

Tatsächlich blieben die neu erschlossenen Landflächen selten in der Hand vormals landloser ArbeiterInnen. Vielmehr reproduzierte sich die Konzentration großer Agrarflächen in den Händen weniger in den peripheren Regionen der Länder Südamerikas (siehe Kapitel II.3).

Doch waren die „unerschlossenen“ Gebiete auch gar nicht so leer, wie behauptet wurde. Dort lebten und leben bereits eine Vielzahl von Menschen. Indigene Gruppen gibt es dort seit Jahrhunderten, aber auch die Nachfahren von früheren Einwanderungswellen – vergessen von den Zentren der jeweiligen Länder – leben in den vermeintlich leeren Gebieten (siehe Kapitel II.2). Durch das Fortschreiten der mechanisierten Landwirtschaft in die entlegeneren Regionen des Amazonasgebietes entstanden zahlreiche Konflikte zwischen der angestammten Bevölkerung und der neuen Agrarelite.

Innerhalb der letzten 30 Jahre entwickelte sich dieses ehemals periphere Gebiet zur wichtigsten Region der industrialisierten Landwirtschaft Südamerikas. Zum Beispiel werden im Westen Brasiliens, in der *Cerrado*-Feuchtsavanne (teilweise zum Amazonasgebiet gehörig), nach Angaben des Forschungsinstituts für Landwirtschaft und Viehzucht des brasilianischen Landwirtschaftsministeriums (EMBRAPA) inzwischen 30 Prozent der jährlichen Sojaernte und 46 Prozent der jährlichen Baumwollernte Brasiliens gewonnen. Dies ist um so erstaunlicher, bedenkt man, dass bis Mitte des 20. Jahrhunderts diese Region als völlig ungeeignet für die Landwirtschaft galt (vgl. Brazilintl.com 21.10.2009). Durch den Einsatz neuer Technologien – unter anderem genmodifiziertes Saatgut – gelang es, diese Region zu einem der produktivsten Landwirtschaftszentren der Welt zu transformieren. Die dort aktiven ProduzentInnen gehören zu den größten Agrarunternehmen weltweit. Doch wie unten noch gezeigt wird, ging diese Entwicklung zu Lasten von kleinen Landwirtschaftsbetrieben, indigenen Gemeinschaften und nicht zuletzt der Naturräume *Cerrado* und amazonischer Regenwald. Zudem ist die Nachhaltigkeit dieser Form der Landwirtschaft sehr umstritten. In einigen Regionen, wo diese neue, industrialisierte Landwirtschaft Fuß gefasst hat, sind bereits die negativen Folgen zu beobachten: Auslaugung der Böden, beginnende Wüstenbildung.

Anhand der Region Amazonien lassen sich die zu erwartenden negativen Folgen des *land grabbing* exemplarisch aufzeigen – schließlich entwickelte sich die industrialisierte Landwirtschaft in dieser Region bereits seit mehreren Jahrzehnten. Und so sind auch internationale Akteure des *land grabbing* an Investitionen in Südamerika interessiert. Eine Delegation des brasilianischen Landwirtschaftsministeriums war Anfang November 2009 auf einer Landwirtschaftsmesse in Riad, um für Investitionen des staatlichen, saudi-arabischen Agrarkonzerns Agroinvest in Brasilien zu werben. Für die dortige Agrarindustrie erscheinen Investitionen in Südamerika durchaus interessant zu sein, insbesondere wegen der – im Vergleich zu den meisten afrikanischen Ländern – besseren Infrastruktur für die industrielle Landwirtschaft (vgl. farmlandgrab 22.10.2009).

Doch müssen auch einige Unterschiede der industrialisierten Landwirtschaft in Amazonien im Vergleich zum *land grabbing* festgestellt werden, wie es anderswo stattfindet:

1. Die Agrarunternehmen sind zu einem großen Teil einheimisch. Vor allem brasilianische Agrarunternehmen gehören zu den größten der Welt. In Ländern wie Tansania, Kenia oder Äthiopien, um einige Beispiele zu nennen, haben es Finanzunternehmen und andere ausländische Geldgeber relativ leicht, Land zu kaufen, da sie etwas bieten können, was in diesen Ländern relativ wenig vorhanden ist: Kapital. In Südamerika ist dies nur bedingt der Fall; dort existieren bereits zahlreiche kapitalstarke Unternehmen. Speziell Brasilien ist ein Land, von wo aus aber auch Agrarunternehmen in andere Länder investieren. Multinationale Unternehmen kaufen Land in Brasilien, aber immer mehr brasilianische Agrarunternehmen expandieren nach Paraguay und in das nordwestliche Tiefland Boliviens.
2. Doch auch etliche internationale Finanzunternehmen investieren im Amazonasgebiet. Oft hindern jedoch die komplizierten Gesetze zu Landbesitz solche Investitionen. Häufig entstehen Kooperationen zwischen Agrarhandelsfirmen, internationalen Finanzinstituten und ein-

heimischen Großfarmern. Ausländisches Kapital ist im Amazonasgebiet bei den einheimischen Landwirten willkommen; ausländischer Landbesitz nicht uneingeschränkt. Während in Afrika häufig ein Unternehmen riesige Landflächen aufkauft und die gesamte Bewirtschaftung alleine organisiert, sind es in Südamerika eher Geflechte von verschiedenen Firmen, die gemeinsam die Bewirtschaftung übernehmen. Durch den Anbau von Pflanzen für die Herstellung von Agrartreibstoffen verstärken sich diese Mechanismen noch einmal. „Die Bioenergien wirken förmlich als Katalysator für branchenübergreifende Kooperationen und formelle Verflechtungen. Es entsteht ein gänzlich neuer, überaus mächtiger industrieller Komplex aus Agro-, Biotech-, Energie, Öl- und Autounternehmen“ (vgl. Fritz 2007: 14f).

3. Die meisten afrikanischen Nationen haben extrem kleine Devisenreserven. Ausländische Investoren haben es deshalb sehr leicht, die Regierungen zu überzeugen, gegen eine entsprechende Summe riesige Landflächen zu verpachten. In Südamerika ist dies nicht immer so leicht. Gerade in Brasilien, dem Land, wo die Landwirtschaft derzeit am stärksten boomt, hat die Regierung eher das Interesse, die einheimischen Unternehmen zu schützen. Brasilien hat inzwischen Devisenreserven von über 193 Milliarden US-Dollar (vgl. AA Länderinfo Brasilien 2009); auf einen Ausverkauf des Landes ist die Regierung dementsprechend nicht angewiesen, wie es die Regierungen mancher afrikanischer Staaten zu sein scheinen.

Die Erfahrungen der letzten 30 Jahre können zeigen, was die negativen Folgen eines uneingeschränkten Wachstums der industrialisierten Landwirtschaft nach dem heutigen Modell sein können. Dies soll im Folgenden kurz dargestellt werden. Da Brasilien den größten Teil des Amazonasgebietes einnimmt und die industrielle Landwirtschaft dort die wichtigste Rolle spielt, wird dieses Land im Zentrum dieser Studie stehen; bei Gelegenheit wird aber auf ähnliche Probleme in anderen Ländern der Großregion eingegangen.

II. Land in Amazonien – Wem gehört es, wer will es?

II.1 Was ist Amazonien?

Die meisten Menschen assoziieren mit Amazonien zuerst den Regenwald; Das nächste Bild, das den Menschen zu Amazonien einfällt, ist häufig die Zerstörung des Regenwaldes. Es stimmt: In Amazonien steht – noch! – das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Welt. Und es stimmt auch, dass die Zerstörung des Regenwaldes praktisch ungehemmt weitergeht. Doch es ist wichtig zu bedenken, dass Amazonien viel mehr ist als ein vermeintlich „unberührter“ Naturraum, dem die Zerstörung droht.

Amazonien bezeichnet das Gebiet, das über den größten Strom der Erde (Der Nil ist zwar länger, doch der Amazonas ist von der Wassermenge her der größte Strom) entwässert wird. Es umfasst eine Fläche von etwa acht Millionen Quadratkilometern (was circa dem 20fachen der Fläche der BRD entspricht); neun Staaten können den Anspruch erheben, dass ein Teil ihres Territoriums zu Amazonien gehört¹ – der weitaus größte Teil gehört aber zu Brasilien.

Innerhalb dieser Fläche befinden sich eine Vielzahl verschiedener Biotope; der amazonische Regenwald ist nur eines davon. Weite Teile der Amazonasregion sind *Cerrado*-Feuchtsavanne. Zu Füßen und an den Hängen der Anden befinden sich weitere verschiedenartige Naturräume.

Neben unbedingt schützenswerten Naturräumen gibt auch über 22 Millionen Menschen, die innerhalb von Amazonien leben. Sie gehören zu einer Vielzahl verschiedener Ethnien und bestreiten ihren Lebensunterhalt auf unterschiedliche Art und Weise. Mit Iquitos, Manaus und Belem kennt Amazonien auch einige Millionenstädte. Mindes-

tens 8 Millionen Menschen leben in Amazonien von der Landwirtschaft, ob auf großen agroindustriellen Farmen, oder auf kleinen Landstücken, die sie zur Selbstversorgung bearbeiten. So müssen alle Schutzmaßnahmen für den Regenwald auch auf die Interessen dieser Menschen abgestimmt werden, sonst werden sie keinen Erfolg haben (vgl. Campari 2005: 1).

Die Konflikte um die Zukunft Amazoniens sind nicht zu vereinfachen. Es gibt keine simple Dichotomie zwischen „bösen“ Regenwaldzerstörern und guten RegenwaldschützerInnen.

Nun sind Räume zuerst menschliche Konstruktionen. Es liegt nicht in der Natur des Raumes, ob er als Eldorado der Landwirtschaft gesehen wird oder als wichtiges Biotop, aus dem jeder menschlicher Einfluss herausgehalten werden muss; solche Bewertungen liegen im Auge des/der BetrachterIn. Wo ein Naturschützer ein einzigartiges Ökosystem sieht, das möglichst unberührt bleiben sollte, sieht eine Agrarunternehmerin ungeahnte Möglichkeiten für die Landwirtschaft. Solche Projektionen von außen gehen häufig an den Interessen der in Amazonien lebenden Menschen vorbei. Die wiederum – Indigene, Kleinbäuerinnen und -bauern, Menschen, die davon leben, Nüsse zu sammeln und Gummi zu zapfen – haben meistens selbst ein Interesse daran, den Wald zu erhalten. Natürlich ist der Wald auch ein unbedingt schützenswertes Naturgut. Aber die Menschen, die das Amazonasgebiet bewohnen, haben das Recht auf Entwicklung. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt in bitterer Armut. Zahlreiche Menschen sterben in dieser Region an Krankheiten, die sich längst heilen lassen. Wenn die BewohnerInnen also eine Teilhabe an den positiven Errungenschaften haben wollen – etwa an Krankenhäusern, Kommunikations- und

¹ Bolivien, Brasilien, Ecuador, Französisch-Guayana, Guyana, Kolumbien, Peru, Surinam, Venezuela.

Transportwesen – so kann man ihnen dies nicht mit dem Verweis auf den Schutz des Regenwaldes verwehren. Gleichzeitig – wie unten noch zu sehen ist – bedeutet der Ausbau der Infrastruktur oft den ungehinderten Vormarsch der Agrarindustrie in das Amazonasgebiet. Entwaldung und eine Zunahme von oft gewalttätigen Landkonflikten sind die Folge.

Der Schutz des Regenwaldes kann nicht gegen die Interessen der dort lebenden Bevölkerung durchgeführt werden. Die dortige Bevölkerung will und braucht Entwicklung; Doch was genau ist „Entwicklung“? Dieser Begriff ist ebenfalls eine menschliche Konstruktion, die von den Interessen der jeweiligen AkteurInnen abhängt. Für Kleinbäuerinnen und -bauern bedeutet eine positive „Entwicklung“ zum Beispiel die rechtliche Absicherung

ihres Besitzes an Grund und Boden, das sie bewirtschaften, Zugang zur Gesundheitsversorgung und Teilhabe an politischen Entscheidungen; für AgrarunternehmerInnen bedeutet „Entwicklung“ dagegen den Ausbau von Infrastruktur, um ihre Sojaernte besser abtransportieren zu können (siehe unten).

Die BewohnerInnen der Regenwaldregionen im Amazonasgebiet haben ein eigenes Interesse daran, den Wald zu erhalten und den Vormarsch von gigantischen Bergwerkprojekten und der industriellen Landwirtschaft zu zügeln. Sie bedürfen keiner internationalen Naturschutzorganisationen, die ihnen im paternalistischen Duktus vorschreiben, wie sie zu leben haben. Die Zukunft Amazoniens müssen zuerst die AmazonierInnen selbst bestimmen.

II.2 Wer sind die Amazonier?

Um diese Frage zu beantworten, muss man zuvor ein wenig ausholen. Es gab verschiedene Phasen, in denen Menschen versuchten, das Amazonasgebiet und den Regenwald zu besiedeln. Für den Menschen ist dieses Ökosystem nur schwer zu beherrschen; größere Konzentrationen menschlicher Besiedelung können sich nur erhalten, wenn das Ökosystem zerstört wird. Doch immer wieder ließen sich Menschen aus unterschiedlichen Motiven in dem Gebiet nieder; ihre Nachfahren leben bis heute im Wald (oder der Feuchtsavanne, oder an den Ufern der Flüsse etc.) und bilden zusammen die Bevölkerung des Amazonasgebietes: die AmazonierInnen.

Die Indigenen

Der amerikanische Kontinent wurde als letzter von Menschen besiedelt und wahrscheinlich war der amazonische Regenwald das letzte Gebiet auf dem Kontinent, in dem Menschen sich niederließen. Aktuelle Forschungen gehen davon aus, dass das heutige Amazonien frühestens im Jahr 500 unserer Zeitrechnung besiedelt wurde² (vgl. Pärssinen 2003). Auf jeden Fall passten die indigenen Gruppen ihre Lebensweise den Ökosystemen Amazoniens dergestalt an, dass sie ohne Probleme in dem schwierigen Terrain überleben konnten.

Mit der Eroberung Amerikas durch die Spanier und Portugiesen wuchs die indigene Bevölkerung Amazoniens. Um vor der blutigen Verfolgung und Versklavung durch die neuen Herrscher zu fliehen, siedelten immer mehr indigene Gruppen im Gebiet des heutigen Amazoniens.

Die Kolonialzeit und Unabhängigkeit

Zu Beginn der Kolonisierung Südamerikas durch die Spanier, Portugiesen und später Franzosen und Niederländer gab es eine kurze Phase, in der im Regenwald des Amazonasbeckens das mythische Reich des „Eldorado“ vermutet wurde, und zahlreiche Conquistadoren unternahmen Reisen durch die Region³. Doch die Stadt aus Gold wurde nie gefunden; In den Berichten über die Region überwog das Bild einer Wildnis, ohne jeden Wert

2 Ältere Forschungen gingen sogar von einer noch späteren Besiedelung des Amazonasbeckens, nämlich ab dem 15. Jahrhundert, aus (ebd.)

3 Einer Theorie zufolge stammt von einer dieser Expeditionen – unter Führung Francisco de Orellana – der Name „Amazonas“, als die Spanier angeblich kämpfende indigene Frauen sichteten; anderen Theorien zufolge ist der Name „Amazonas“ aber eine Ableitung aus einem indigenen Wort.

und lebensgefährlich, sie zu bereisen. So spielte während der Kolonialzeit das Amazonasbecken für die spanische und portugiesische Administration eine untergeordnete bis gar keine Rolle. Für die Kolonialherren galt Amazonien als eine „grüne Wüste“, bewohnt von feindlich gesinnten Indigenen, voll von Krankheiten und ohne jeden Wert. EuropäerInnen und ihre Nachfahren siedelten so gut wie gar nicht in der Region. Nur entlang der großen Flüsse gab es vereinzelte Handelsposten, die Papageienfedern oder Edelhölzer von den Indigenen aufkauften, um sie in Europa zu verkaufen. So blieben weite Teile Amazoniens von der europäischen Kolonisierung verschont. Bis heute leben in den nordwestlichen Regionen Amazoniens (also in etwa dem Grenzgebiet zwischen Peru, Brasilien und Kolumbien) indigene Gemeinschaften, die noch nie mit Weißen Kontakt hatten.

Mit der Unabhängigkeit der südamerikanischen Staaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts änderte sich recht wenig an dieser Situation. Die Region galt weiterhin als unzugänglich, ungastlich und gefährlich. Die indigenen Gruppen – häufig genug Flüchtlinge der gewalttätigen europäischen Expansion in Amerika – zeigten sich auch sehr feindselig gegenüber den Nachfahren der europäischen Kolonisatoren. Die wenigen Neuankömmlinge in der Region waren die Nachfahren von AfrikanerInnen, die aus der Sklaverei flohen und in den entlegenen Gebieten des Amazonasbeckens Schutz suchten. Noch heute leben diese *quilombolas* genannten Nachfahren von geflüchteten Sklaven im Amazonas und haben – zumindest offiziell – in Brasilien den Status eines „povo originário“, „ursprüngliche Bevölkerung“⁴.

Die erste Phase der Inwertsetzung: Der Kautschukboom

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wandelte sich das Interesse am amazonischen Regenwald. Nun galt die Region nicht mehr als wertlose Wildnis, sondern als ein neues „Eldorado“. Diesmal suchte man aber kein Gold in der Region, sondern den Saft der *hevea brasiliensis*, des Kautschukbaums. Im Jahr 1839 entdeckte der US-amerikanische Chemiker Charles Goodyear den Prozess der Vulkanisierung und damit den Hartgummi. In den folgenden Jahren wuchs die Nachfrage in den sich industrialisie-

renden Ländern Europas und Nordamerikas enorm. Da die Pflanze *hevea brasiliensis* nicht kultiviert werden konnte, hing die gesamte Weltproduktion von den KautschukzapferInnen im Amazonas- und im Kongobecken ab, die auf der Suche nach dem Baum den Regenwald durchstreiften. Fanden die *seringueiros*, wie die KautschukzapferInnen in Südamerika genannt werden, eine geeignete Stelle im Regenwald, die eine ausreichend hohe Dichte von *hevea brasiliensis*-Bäumen aufwies, gerieten sie bald mit den dort lebenden indigenen Gruppen aneinander. Die *seringueiros* veranstalteten wahre Treibjagden auf die Indigenen, so genannte *correrias*. Da weder die KautschukzapferInnen noch die Indigenen über diese brutale Praxis schriftliche Zeugnisse anfertigten, lässt sich nicht mehr sagen, wie viele Indigene bei diesen Menschenjagden ermordet wurden – es werden aber einige Tausende gewesen sein. (Vgl. Rodrigues/Rabben 2007: 64-78, Völler 2009: 31-33)

Die KautschukzapferInnen selbst kamen hauptsächlich aus den von Dürren betroffenen Regionen des Nordostens. Insbesondere ab den 1870er Jahren erfassten extreme Hungersnöte den Nordosten Brasiliens. Es waren in der Regel Männer, verarmte Farmer, die im Norden ihr Glück suchten. Erst später holten etliche ihre Familien nach – oder gründeten neue – die sich dann auch am Kautschukzapfen beteiligten. Die *serigueiros/seringueiros* befanden sich meist in einer nahezu kompletten Abhängigkeit von einem Zwischenhändler. Der besuchte sie alle paar Monate, um Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen zu verkaufen und die Kautschukballen zu niedrigsten Preisen zu kaufen. Tausende von *seringueiros* gerieten so in den Zustand der Schuldknechtschaft.

Die KautschukzapferInnen drangen immer tiefer in den amazonischen Regenwald vor auf der Suche nach dem begehrten Harz – fast immer per Schiff und somit von der brasilianischen Seite aus. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts drangen die KautschukzapferInnen bis in Gebiete vor, die nicht mehr zu

4 Dieser juristische Status garantiert einen rechtlichen Anspruch auf das bewohnte Gebiet. Doch selten genug werden solche Gebiete markiert und oft genug wird dieser rechtliche Status von Holzfirmen oder Agrarunternehmen ignoriert.

Brasilien gehörten. Insbesondere das Gebiet des heutigen brasilianischen Bundesstaates Acre, das damals noch Teil Boliviens war, wurde zu einem Zentrum der Kautschukindustrie. Bolivien wollte daran verdienen und baute erste Zollstationen auf. Doch da die KautschukzapferInnen ihre Produkte auf dem Flussweg über Manaus in Brasilien vertrieben, waren sie daran interessiert, dass die Region Brasilien zugeschlagen würde. Sie riefen kurzerhand ihre Unabhängigkeit aus und gründeten 1899 die Republik Acre. Der Gouverneur der damaligen brasilianischen Provinz Amazonien unterstützte die Rebellen unter der Hand. Nach einigen Scharmützeln und diplomatischen Verhandlungen wurde schließlich 1903 das Gebiet im Vertrag von Petropolis Brasilien zugeschlagen. Zum Ausgleich des Gebietsverlustes sollte Brasilien unter anderem eine Eisenbahnlinie bauen, die Porto Velho, im heutigen brasilianischen Bundesstaat Rondônia, mit Riberalta, im bolivianischen Verwaltungsbezirk Beni, verbinden sollte. Kaum war das erste Teilstück 1912 fertig gestellt, begann der Kautschukboom bereits abzuflauen.

Nach dem Ersten Weltkrieg gelang die Züchtung von Kautschukbäumen in der Plantagenwirtschaft. Die weiter wachsende Nachfrage nach dem Rohstoff wurde nun von Kautschukplantagen in den niederländischen und englischen Kolonien Südostasiens sowie des afrikanischen Staates Liberia gedeckt. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 und die daraus resultierende finanzielle und politische Krise, die die meisten Länder Südamerikas ereilte, sorgte dafür, dass Amazonien wieder weitgehend auf sich selbst gestellt blieb⁵.

Auch die *seringueiros/serigueiras* blieben weitgehend auf sich selbst gestellt. Viele zogen wieder weg, aber ebenso viele blieben im Regenwald, vergessen vom öffentlichen Bewusstsein der Metropolen. Sie adaptierten – ähnlich wie die Indigenen – ihren Lebensstil immer besser an die Bedingungen des Ökosystems Regenwald. Sie betreiben meist ein wenig Landwirtschaft und Fischerei, zapfen Kautschuk, um sich ein zusätzliches Einkommen zu verschaffen. Die den ersten *seringueiros* feindlich erscheinende Umwelt wurde zu einer Heimat. Ab den späten siebziger Jahren organisierten die KautschukzapferInnen sich auch politisch. Sie gründeten Gewerkschaften, um sich gegen die Schuldknecht-

schaft und die gewaltsame Vertreibung durch GroßgrundbesitzerInnen zu wehren und gegen die wachsende Zerstörung des Regenwalds zu protestieren⁶. Sie kämpften – teilweise erfolgreich – um den Aufbau von so genannten „Sammlerreservaten“, in denen der Regenwald erhalten bleibt und die *seringueiros/serigueiras* oder auch Paranuss-SammlerInnen ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Bei diesen Kämpfen um die Erhaltung des Regenwaldes kooperieren KautschuksammlerInnen und Indigene – aus den Todfeinden von einst sind enge Verbündete geworden.

Die Entwicklung der industriellen Landwirtschaft

Immer wieder richteten sich begehrlische Blicke auf das Amazonasbecken. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die das Gebiet bereits bewohnten wurden dabei ignoriert oder als „unproduktiv“ gebrandmarkt – sie würden ja den Regenwald nicht roden. Jedenfalls galt den Regierungen Südamerikas Amazonien als „leeres Land“, das ungeheure Entwicklungspotenziale berge, würde es nur in Wert gesetzt. Oft megalomanisch anmutende Projekte wurden erdacht. In Amazonien sollte ein neuer Garten Eden entstehen, der Nahrung für die ganze Welt produzieren würde. Die Regierungen Südamerikas erhofften sich Entwicklung und Wohlstand durch die Erschließung des Amazonasgebietes. So rief zum Beispiel der brasilianische Diktator Getúlio Vargas 1938 den „Marsch nach Westen“ aus, der aus Brasilien eine Wirtschaftsmacht der Zukunft machen sollte. Auch nach der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1945 blieb dies ein zentrales Paradigma brasilianischer Politik. Insbesondere während der Präsidentschaft von Juscelino Kubitschek (1956-1961), der in seiner Legislaturperiode „50

5 Als während des Zweiten Weltkrieg die Japaner Malaysia und Indonesien besetzten, mangelte es den Alliierten an Nachschub für Kautschuk; auf diese Weise erlebte die Kautschukproduktion in Amazonien eine kurze Renaissance, die KautschukzapferInnen wurden, propagandistisch wirksam, als „Soldaten des Dschungels“ gefeiert.

6 Der bekannteste Aktivist der Kautschukzapfer ist sicherlich Chico Mendes (1944-1988), der von den Großgrundbesitzern Darli Alves de Silva und dessen Sohn Darci Alves de Silva ermordet wurde. Ein Portrait des Aktivisten findet sich unter Völler/Ramos 2009.

Jahre [Entwicklung] in 5" versprach, wurde die Integration des Westen von Brasilien vorangetrieben. In seiner Regierungszeit wurde auch die neue Hauptstadt Brasilia im Zentrum des Landes gebaut und im Jahr 1960 eingeweiht. Die Verlegung der Hauptstadt sollte der „Westbewegung“ einen deutlichen Ausdruck verleihen (vgl. Zoller 2000: 258-278; Wienold 2006: 2f). Dass diese Entwicklungsideo- logie völlig an der Lebensrealität der Bevölkerung Amazoniens vorbei ging, war (und ist, wie wir in Kapitel II. 4 sehen werden) den Regierungen egal.

Von der Entwicklung des Amazonasgebietes erhoffte man sich zudem eine Entlastung für die wachsenden Landkonflikte in den landwirtschaftliche Zentren der jeweiligen Länder. Dort regte sich nämlich nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend Widerstand unter der besitzlosen Landbevölkerung gegen die extrem ungleiche Verteilung von Ackerland. Immer vehementer forderten Bauernorganisationen – in Brasilien etwa die *ligas camponesas* (Bauernligen) – eine Agrarreform. Nicht zuletzt als Abwehr gegen diese Bestrebungen politisch linker Gruppen für eine Agrarreform putschten in vielen Ländern Südamerikas die von den oligarchischen Eliten dominierten Militärs. Hanns Wienold spricht deshalb von der Kolonisierung Amazoniens in dieser Epoche als einer „konservativen Modernisierung“ (vgl. Wienold 2006: 6-8) In der Epoche der Militärdiktaturen, die letztlich bis in die 80er Jahre dauerte, wurden zahllose Entwicklungsprojekte für das Amazonasgebiet erdacht.

Teilweise wurden diese mit Hilfe von Privatunternehmen durchgeführt. In Peru zum Beispiel verpachtete die damalige Regierung 1953 etwa 400.000 Hektar an die Le Tournau Corporation, die der Region Pachita-Huanaco-Pucallpa Straßen baute, um Kolonisten anzuziehen. Viele Kleinbäuerinnen und -bauern ließen sich nieder und rodeten den Wald, was ein einzigartiges Ökosystem zerstörte. Doch auf Grund mangelnder staatlicher Hilfe oder Kredite, verkümmerten die meisten Farmen, so dass das Gebiet inzwischen wieder fast leer ist; der Regenwald bleibt jedoch zerstört (vgl. Ribera Arismendi 2008: 12).

In den meisten Ländern Südamerikas blieb es bei hehren Plänen für Amazonien. Am Ende mangelte es oft am Geld oder am politischen Willen, größere Projekte durchzuführen. Doch in dem Land, das

den größten Teil des Amazonasgebiets für sich beansprucht, wurden derartige Entwicklungsprojekte am vehementesten geplant und durchgeführt: in Brasilien.

Dort war der Militärputsch eine unmittelbare Antwort auf den wachsenden Druck von Links, von den *ligas camponesas*⁷, die eine Landreform forderten. So planten die Militärs die Ansiedelung von Landlosen in der Amazonasregion, um den Druck auf den Großgrundbesitz im Süden des Landes zu nehmen. Mit der „Kolonisierung“ Amazoniens sollte das Gebiet eindeutig für Brasilien in Besitz genommen werden. Das Schlagwort für die Kampagne zur „Besetzung“ Amazoniens war „integrieren um nicht auszuliefern“ (*integrar para não entregar*). Der erste General/Präsident der Militärdiktatur Brasiliens, Humberto de Alencar Castelo Branco, sprach denn auch 1964 davon, dass „Amazonien besetzt werde, wie man einen strategischen Krieg durchführt“ (Campari 2005: 30; Übersetzung des Verfassers).

Ebenfalls unter der Regierung Castelo Brancos wurde 1966 die SUDAM gegründet. SUDAM steht für *Superintendência de Desenvolvimento da Amazônia* – Superintendentur für die Entwicklung Amazoniens. Diese Organisation sollte Infrastrukturmaßnahmen durchführen, Land zur Kolonisierung durch Landlose und Kleinbäuerinnen und -bauern sowie subventionierte Kredite und andere Hilfen an Agrarunternehmen, die in Amazonien investierten, bereitstellen. Doch die Hilfe für Kleinbäuerinnen und -bauern blieb weitgehend aus. So gaben unzählige Familienbetriebe, die in Amazonien Landwirtschaft betrieben, nach kurzer Zeit der Kolonisierung auf und verkauften (im besten Fall; siehe folgendes Kapitel) ihr Land an GroßgrundbesitzerInnen. Die „Demokratisierung“ des Bodens wurde durch die Kolonisierung Amazoniens nicht erreicht – im Gegenteil, die Konzent-

7 Die *ligas camponesas*, „Bauernligen“, waren die politische Organisation von Landlosen und Kleinbäuerinnen und -bauern, die sich für eine Agrarreform einsetzten. Während der Militärdiktatur wurden sie brutal unterdrückt. Die Organisationen von Kleinbäuerinnen und -bauern und Landlosen, die nach dem Ende der Militärdiktatur gegründet wurden (bekannteste und größte ist die „Bewegung der Landlosen“ MST) berufen sich auf die *ligas camponesas* als Vorläuferorganisationen.

ration von Landbesitz vollzog sich in Amazonien oft noch krasser und gewalttätiger als anderswo, da ein staatliches Gewaltmonopol in den Weiten des Landes kaum vorhanden war und ist (vgl. Rodrigues/Rabben 2007: 89-100, Wienold 2006: 7).

Die Entwicklung Amazoniens sollte in den Augen der Militärs den Traum erfüllen, dass Brasilien als eine der größten Weltmächte in das 21. Jahrhundert eintrete. Gigantische Staudämme wurden gebaut, Straßen durch den Urwald gezogen um an den Rändern Landparzellen für Kolonisten zu schaffen. Auch der Abbau von mineralischen Bodenschätzen wurde gefördert. So fand man 1970 in Carajás, im Süden des Bundesstaates Pará die größten Eisenerzlagerstätten der Welt. Inzwischen ist dort die größte Eisenerzmine der Welt entstanden⁸ (vgl. *Mining Technology* 2009). Diese „pharaonischen“ Projekte belasteten auch die brasilianischen Staatsfinanzen sehr, die Auslandsschuld des Landes wuchs enorm. Die Finanzkrise in den 1980er Jahren in Brasilien ist nicht zuletzt eine Konsequenz aus den gigantischen Entwicklungsprojekten der Militärdiktatur.

Bei der Durchführung derartiger Riesenprojekte wurde kaum bis gar keine Rücksicht auf die ansässige Bevölkerung genommen. Für den Bau von Staudämmen oder Bergwerken wurden Tausende von Menschen ihrer Heimat beraubt. Durch die Auswirkungen auf die Umwelt verloren zahlreiche Menschen, wie Fischer oder indigene Gruppen, ihre Lebensgrundlage (siehe auch Kapitel II.5).

Die subventionierten Kredite und andere Anreize ließen zahlreiche Agrarunternehmen und GroßgrundbesitzerInnen in Amazonien investieren, wo die Bodenpreise um ein vielfaches niedriger sind, als im Süden Brasiliens. Diese Zuwanderung von ViehzüchterInnen, Reis- und SojafarmerInnen führte zu zahlreichen gewalttätigen Konflikten um Land (siehe Kapitel II.3). Doch Bedenken über die Rechte der ansässigen Bevölkerung wischte die Militärregierung leichtfertig weg. Berücksichtigt (wenn auch nicht eindeutig einer Person zuzuordnen) war

der Ausspruch „100.000 Indios werden nicht den Fortschritt Brasiliens aufhalten“ (Ribera Arismendi 2008: 10, Übersetzung des Verfassers)

Nach der Militärdiktatur: Die heutige Situation

In den 1980er Jahren, nach dem Ende der Militärdiktatur in Brasilien, versiegte der Zustrom neuer kleinbäuerlicher Kolonisten nach Amazonien. Doch die Migration innerhalb Amazoniens ist weiterhin sehr hoch – Kleinbäuerinnen und -bauern verlassen häufig ihre Landparzellen, um andernorts in Amazonien neu zu beginnen.

Während der 1980er Jahre entwickelte sich die Schuldenkrise. Internationale Gläubigerorganisationen wie die Weltbank nahmen Einfluss auf die Haushaltspolitik des brasilianischen Staates, was sich in einer neoliberalen Wirtschaftspolitik niederschlug. In der Folge wurden viele Subventionen für Amazonien ausgesetzt, Megaprojekte wurden auf Eis gelegt. Zahlreiche Korruptionsvorwürfe gegen SUDAM führten schließlich dazu, dass diese Institution 2001 geschlossen wurde.

Doch in den letzten Jahren, angespornt durch neue Möglichkeiten und Märkte für die Agrarindustrie (wie etwa der viel diskutierten Produktion von Treibstoffen aus landwirtschaftlichen Produkten) ist ein neues Interesse an Amazonien erwacht. Alte Pläne für riesige Infrastrukturmaßnahmen werden wieder aufgewärmt (siehe Kapitel III.1). Erneut ist das Bild von Amazonien umstritten: Soll es geschützt bleiben, soll die industrialisierte Landwirtschaft weiter Einzug erhalten, oder soll die familiäre Landwirtschaft stärker gefördert werden? Die verschiedenen Einwanderungswellen haben ihre Nachkommen hinterlassen, die AmazonierInnen. Sie müssen über die Zukunft Amazoniens entscheiden.

8 Die Mine wird von der ehemaligen staatlichen Bergbau-firma Companhia do Vale do Rio Doce, die heute privat ist und nur noch Vale heißt, betrieben. Die Mine produziert über 20 Prozent der Weltproduktion von Eisenerz (ebd.)

II.3 Wem gehört Amazonien?

„Amazônia é nossa!“ - „Amazonien gehört uns!“ So titelte die angesehene brasilianische Zeitschrift *Istoé* am 28. Mai 2008, die in ihrer Schwerpunkt-Ausgabe den Einfluss internationaler Nichtregierungsorganisationen auf indigene Gruppen im Amazonasgebiet thematisierte. Die Zeitung warnte, dass die Gefahr bestünde, dass das brasilianische Amazonasgebiet „internationalisiert“ werde. Internationale Organisationen könnten, mit dem Argument indigene Gruppen und den Regenwald schützen zu wollen, die brasilianische Souveränität untergraben, gar heimlich die Interessen ausländischer Bergbauunternehmen repräsentieren (vgl. Schnieders/Fatheuer 2009: 47).

Derartige Befürchtungen in den Ländern, die Anteil am Amazonasgebiet haben, müssen ernst genommen werden. Es ist absolut verständlich, dass die Länder Südamerikas es sich verbitten, wenn Nichtregierungsorganisationen aus den Industrienationen ihnen vorschreiben wollen, wie sie sich zu verhalten haben. Insbesondere die brasilianische Öffentlichkeit ist sehr empfindlich, was Äußerungen von außen über das Amazonasgebiet angeht; die Sicherung der Grenzen hat oberste Priorität für Brasiliens Militär.⁹

Doch es drängt sich die Frage auf, wer eigentlich mit „uns“ im Titel der *Istoé*-Ausgabe gemeint ist. Sind es die Menschen, die in den Metropolen des Südens leben? Oder die AmazonierInnen? Und wer sind dann überhaupt die AmazonierInnen? Die Indigenen, die seit Hunderten von Jahren in Amazonien leben? Die KautschukzapferInnen, deren Vorfahren sich Ende des 19. Jahrhunderts in der Region ansiedelten? Die Kleinbäuerinnen und -bauern, die ab den 1960er Jahren als KolonistInnen ankamen? Oder die GroßgrundbesitzerInnen, die immer stärker in der Region investieren? Wenn es schon schwierig ist, die Frage zu beantworten, wer denn eigentlich die AmazonierInnen seien, ist die Frage, wem welches Land in Amazonien gehört, noch viel schwieriger zu klären.

Von *posseiros* und *grileiros*: Die komplizierte Rechtslage

Das Hauptproblem besteht darin, dass es keine einheitlichen Katasterämter für die Amazonasregi-

on in den Ländern Südamerikas gibt. Es gibt in keinem Land der Amazonasregion eine einzelne Institution, die festhält, wem welches Land gehört. Auf diese Weise gilt in der Regel: Wer *de facto* ein Stück Land bewirtschaftet, dem gehört es.

Dieses Rechtsprinzip ist sogar institutionalisiert. Dies ergab sich aus der Geschichte Lateinamerikas. Vor dem Hintergrund der sehr kleinen europäischstämmigen Bevölkerung, die das riesige Südamerika besiedeln sollte, wurde der *de facto* Besitz privilegiert. Seit 1850 ist zum Beispiel das *direito de posse* (in etwa „Landbesitzrecht“) in Brasilien formell akzeptiert. Nach dieser Regelung hat jemand, der ein öffentliches Landstück für mehr als ein Jahr und einen Tag bearbeitet und darauf lebt, ein Anrecht auf die Nutzung von 100 Hektar dieses Landes – vorausgesetzt, es gibt keine anderen Ansprüche auf dieses Land. Ungenutzte und nicht eingetragene Ländereien, die formell der öffentlichen Hand gehören, nennt man *terra devoluta* („unbewohntes Land“). Weist der *posseiro*, also der Landbesitzer, nach, dass er mehr als fünf Jahre das Land bearbeitet, kann er einen offiziellen Besitztitel beantragen. Doch auch in diesem Fall gibt es Beschränkungen für die Größe der so legalisierten Landbesetzungen; man kann – jedenfalls formaljuristisch – nicht einfach hergehen, und Tausende von Hektar Land besetzen, fünf Jahre bewirtschaften, und dann einen Titel beanspruchen¹⁰ (vgl. Campari 2005: 48, Wienold 2006: 5). Die

9 Die jüngsten Waffenkäufe Brasiliens – es handelt sich um das größte Rüstungsvorhaben des Landes seit einem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg 1942 – legitimierte Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva mit der Notwendigkeit, Amazoniens Grenzen zu schützen (vgl. Papacek 11/2009). Vor diesem Hintergrund erscheint die Aussage von Al Gore aus dem Jahr 1989, dass „der Amazonische Regenwald nicht Brasilien allein“ gehöre (vgl. Schnieders/Fatheuer 2009: 47) besonders problematisch. So wichtig der amazonische Regenwald auch für das Weltklima ist, man muss die Souveränität südamerikanischer Länder über ihr Territorium akzeptieren, alles andere geht in die Richtung eines paternalistischen Neokolonialismus. Gegen einen solchen verwehren sich die südamerikanischen Länder zu Recht.

10 So zumindest die Theorie. Wie weiter unten gezeigt wird, geschieht aber genau das in Amazonien.

größte Zahl der Kleinbäuerinnen und -bauern oder der Kautschukzapfer im Amazonasgebiet sind solche *posseiros*.

Doch aus dieser scheinbar einfachen und unbürokratischen Lösung ergeben sich vielfältige Probleme. Denn viele ehemalige *posseiros* ließen sich nach fünf Jahren für ihr Land einen Besitztitel ausstellen und verließen danach das Land wieder. So wird eine einzelne Parzelle wieder zu *terra devoluta*, die eventuell erneut besetzt werden kann. Der oder die nachfolgende BesitzerIn kann nach fünf Jahren erneut einen Besitztitel beantragen. Allerdings ist damit der vorherige Besitztitel nicht wertlos geworden. Häufig verkaufen ehemalige *posseiros* ihre Landtitel auch weiter, der neue Besitzer des alten Landtitels kann Ansprüche auf das selbe Land stellen, für das sich ein neuer *posseiro* eventuell schon einen eigenen Landtitel hat ausstellen lassen. Bis zu fünf verschiedene, formaljuristisch korrekte (!), Landtitel können auf ein einziges Stück Land existieren und als Wertpapier gekauft und weiterverkauft werden.

Darüber hinaus überschneiden sich die Kompetenzen der Institutionen des brasilianischen Staates, wenn es um Landnutzungspläne geht. Das Umweltministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Nationale Institut für Agrarreform und Kolonisierung (INCRA) haben alle ein Wortchen mitzureden, wenn es darum geht, für welche Zwecke ein Landstück genutzt oder eben nicht genutzt werden darf (vgl. Papacek 3/2007).

Doch muss immer mit bedacht werden, dass die meisten Kleinbäuerinnen und -bauern keine offiziellen Landtitel haben, auch wenn sie ihnen auf Grund der Rechtslage zustehen würden – der Grund ist meist, dass sie dies nicht wissen. Viele von ihnen sind AnalphabetInnen und miss-trauen oftmals den Behörden. Obwohl sie häufig wesentlich länger als fünf Jahre ein Land bewirtschaften – teilweise sogar über Generationen hinweg – haben Kleinbäuerinnen und -bauern, Indigene oder KautschukzapferInnen und ParanássammlerInnen oft keine offiziellen Besitzurkunden.

Dies nutzen viele Leute rigoros aus. In Amazonien kursieren Unmengen illegaler Landtitel. Zahlreiche gewiefte Anwälte sind darauf spezialisiert, Landtitel zu fälschen. *Grileiros* nennt man sie, in

etwa „Griller“, wobei sich das Wort nicht vom „Grillen“ im Sinne von „Rösten von Fleisch“ ableitet, sondern vom portugiesischen Wort *grilo*, für Grille, dem Insekt. Dies leitet sich von einer Technik zum Fälschen von Landtiteln ab, bei der gefälschte Urkunden, die auch schon einmal um hundert Jahre rückdatiert wurden, in eine Schublade zusammen mit einer Grille gelegt werden. Die Grille sondert eine Chemikalie ab, die das Papier dunkler erscheinen lässt und knabbert zudem das Papier an. So sieht eine im Jahr 2000 geschriebene „Urkunde“ tatsächlich aus, als sei sie – wie es auf dem Papier steht – bereits 1898 ausgestellt worden.

Paradies der Urkundenfälschung

Mit solchen gefälschten Landtiteln ausgestattet eignen sich GroßgrundbesitzerInnen riesige Landflächen an – also wesentlich größere, als es *posseiros* legal tun. Nach einer Untersuchung der brasilianischen Bundesregierung aus dem Jahr 1999 gelangten so an die 100 Millionen Hektar öffentliches Land in Privatbesitz. Eine Untersuchungskommission des brasilianischen Parlaments, die über illegal angeeignete Flächen arbeitete, berichtete im Jahr 2001, dass in den amazonischen Bundesstaaten Pará 30 Millionen Hektar, Amazonas 37 Millionen Hektar und in den ungleich kleineren Bundesstaaten Acre und Rondônia noch einmal 1,5 Millionen Hektar illegal in Besitz genommen worden waren. Dabei wurden nur Grundstücke untersucht, die größer als 10.000 Hektar waren. Das bedeutet, dass eine noch größere Fläche Land vom Staat gestohlen worden ist, verteilt auf Grundstücke von weniger als 10.000 Hektar. Dies wurde aber nie untersucht (vgl. FDCL et al. 2005: 22f, Wienold 2006: 10f).

Die gefälschten Landtitel werden gerne weiterverkauft und getauscht, da sie immer respektabler werden, je häufiger sie verkauft wurden. Hat eine „Besitzurkunde“ bereits mehrfach den Besitzer gewechselt, so ist – auf Grund fehlender Katasterämter – kaum noch nachzuvollziehen, ob die Urkunde nun authentisch ist oder nicht. „Der Bodenmarkt vollzieht faktisch durch Händewechsel des Bodens die Anerkennung des Bodeneigentums. Je länger die Kette von Verkäufen und Käufen ist, umso ‚gültiger‘ das Eigentum“ (Wienold 2006: 10)

Dieser Weiterverkauf von Landtiteln wird zum Teil sehr professionell organisiert. So deckte die bereits erwähnte parlamentarische Untersuchungskommission einen extremen Fall von illegaler Landaneignung auf. Seit dem Jahr 1975 wurden auf dem Namen Carlos Medeiros über 1.200 gefälschte Landtitel angefertigt. Sie bezogen sich auf eine Fläche von über 13 Millionen Hektar; das entspricht ungefähr 1,5 Prozent der Landesfläche Brasiliens oder nahezu der Gesamtfläche Österreichs und der Schweiz zusammen. Wie sich im Zuge der Untersuchungen herausstellte, gibt es die Person Carlos Medeiros überhaupt nicht. Mehrere GroßgrundbesitzerInnen taten sich zusammen und ließen ihre Anwälte Besitzurkunden auf diesen Namen ausstellen. Diese „kauften“ sie dann von dem Phantom Carlos Medeiros ab; durch die Besitzurkunde und die Verkaufsurkunde waren die Besitztitel nun wesentlich glaubwürdiger (vgl. FDCL et al. 2005: 23f). Es gibt zahlreiche Mafias in Amazonien, die sich auf diese oder ähnliche Art und Weise riesige Landflächen aneignen. Nach einer Meldung der brasilianischen Tageszeitung *Folha de São Paulo* adiiert sich die Fülle an illegalen Landtiteln zu einer Landfläche, die viermal größer ist als der Bundesstaat. „Auf dem Papier“ scheint der Bundesstaat größer zu sein, als er ist (vgl. *Folha de São Paulo* 29.06.2009, vgl. Wienold 2006: 7).

Die Menschen, die bereits auf solchen Flächen leben – eben Kleinbauern und -bäuerinnen, KautschukzapferInnen oder Indigene – werden häufig gewaltsam von diesen Flächen vertrieben. Mit legalen Mitteln können sie sich kaum dagegen wehren. Die *grileiros* sind meistens mächtige GroßgrundbesitzerInnen, die über Klientelnetzwerke mit dem Staatsapparat verbunden sind. Auf diese Art und Weise wird das öffentliche Gewaltmonopol privatisiert: Gerichte sind oftmals eben nicht unabhängig, sondern mit privaten Interessen verbunden. Auf Grund mangelnder Bildung und grundsätzlichem Misstrauen (oft zu Recht), kennen viele Kleinbäuerinnen und –bauern ihre Rechte nicht und klagen nicht gegen Vertreibungen.

Brutale Landkonflikte

Wer sich dagegen versucht zu wehren steht schnell auf der Abschussliste der GroßgrundbesitzerInnen – im wahrsten Sinne des Wortes. Auftragsmorde

sind in Amazonien sehr häufig. Wenn überhaupt werden meist nur die *pistoleiros*, die Auftragsmörder gerichtlich bestraft. Die meisten Hintermänner bleiben unbehelligt. Im brasilianischen Bundesstaat Pará, der zum Amazonasgebiet gehört, fertigten Menschenrechtsgruppen und die Landpastorale einen Bericht zu Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Landkonflikten an¹¹. Von 1971 bis 2004 wurden nach Angaben dieses Berichts in Pará 772 Landarbeiterinnen ermordet, davon 432 in der Zeit der Zivilregierung. Über 40 Prozent aller Morde an LandarbeiterInnen fanden in diesem Bundesstaat statt (FDCL et al. 2005: 27f, vgl. auch Papacek 2009b: 53-55). Am 10. November 2009 hat der Interamerikanische Gerichtshof den brasilianischen Staat verurteilt, weil dessen Justiz in Landkonflikten eindeutig parteiisch zu Ungunsten von Landlosen ist. Die Klage vor dem Menschenrechtsgerichtshof ging von einer Gruppe brasilianischer Menschenrechtsorganisationen aus¹² (vgl. ALC 10.11.2009).

Straflosigkeit ist ein weit verbreitetes Phänomen in Amazonien, nicht nur in Brasilien. Die kolumbianische Menschenrechtsaktivistin Ana María Lozano erzählte in einem Interview mit den *Lateinamerika Nachrichten* aus Berlin¹³, wie paramilitärische Gruppen, die mutmaßlich von Unternehmen beauftragt wurden, Druck auf afrokolumbianische Gemeinden ausübten. Die jeweiligen Unternehmen wollen sich mutmaßlich die Territorien der Gemeinden illegal aneignen, um darauf Ölpalmen für die Agrartreibstoffproduktion anzubauen. MenschenrechtsaktivistInnen wie María Lozano werden wegen ihrer Arbeit mit dem Tode bedroht (vgl. Schüller 7/2009).

11 Sie wurde ins Deutsche übersetzt und ist zu beziehen über www.fdcl-berlin.de: FDCL et al. (2005): *Menschenrechtsverletzungen im Amazonas ...*, Berlin: FDCL-Verlag, 2005.

12 Die Verurteilung bezog sich allerdings auf einen Fall im Bundesstaat Paraná, im Süden Brasiliens. In Amazonien – insbesondere eben in Pará – gibt es aber Hunderte ähnliche Fälle (ebd.)

13 Die *Lateinamerika Nachrichten* sind eine Zeitschrift aus Berlin, die zu Politik und Kultur Lateinamerikas berichtet. Sie erscheint zehnmal jährlich und ist ihrem Selbstverständnis nach „kritisch-solidarisch“ mit linken Basisbewegungen in Lateinamerika. Für mehr Informationen, siehe www.ln-berlin.de.

In Amazonien findet also das statt, was Karl Marx die „so genannte ursprüngliche Akkumulation“ nannte: die Konzentration von Reichtum (= Land) vollzieht sich nicht über die Produktion, also nach den Regeln eines „freien Marktes“, auf dem theoretisch gleiche und freie WarenbesitzerInnen einander gegenüberstehen und miteinander handeln. Vielmehr vollzieht sich die Akkumulation von Reichtum durch die gewaltsame Aneignung/Enteignung gegebener Produktionsmittel oder Ressourcen (vgl. Wienold 2006: 3).

Der Staat ist offensichtlich nicht in der Lage und bereit, rigoros sein Gewaltmonopol nach Innen durchzusetzen und effektive Institutionen zu Bildung, Transfer und Garantie von Eigentum an Boden wie anderen Ressourcen zu schaffen. Zwischen Umweltorganisationen, internationalen Geldgebern und der brasilianischen Regierung besteht heute weitgehend Einverständnis darüber, dass die Frage der Bewahrung der Regenwälder Amazoniens und ihres kulturellen Reichtums unbedingt und grundlegend die Lösung der *questão fundiária*, die Klärung des rechtmäßigen Eigentums an Grund und Boden und die Verhinderung weiterer illegaler Landnahme zur unmittelbaren Voraussetzung hat. Der Ruf nach dem Staat bleibt jedoch hilflos und irreführend, solange unklar ist, wen oder was der Staat „als Kräfteverhältnis“ [zwischen Agrarlobby, Indigenen- und Kleinbäuerinnenorganisationen sowie Umweltorganisationen; Anm. d. Verfassers] auf seinen verschiedenen Ebenen und in seinen verschiedenen Apparaten repräsentiert, die auf beiden Seiten agieren (Wienold 2006: 4, Kursivsetzung vom Verfasser).

Die brasilianische Regierung steht also im Dilemma, einerseits den Regenwald schützen zu wollen; andererseits hat aber auch die sehr mächtige Agrarlobby einen enormen Einfluss auf die Regierungspolitik. Voraussetzung für alle Maßnahmen ist aber die Klärung der oben genannten *questão fundiária*. Um die Unklarheiten bezüglich des Landbesitzes in Amazonien auszuräumen, hat im Juni 2009 der brasilianische Präsident die *Medida Provisória* 458/09 beschlossen (Übergangsregelung 458/09, im folgenden MP458). Mit dieser Regelung sollen illegal besetzte Landstücke, die eigentlich dem Bundesstaat gehören, in einer Größe bis zu 1.500 Hek-

tar legalisiert werden können (vgl. Programa Terra Legal 2009). Doch Umweltorganisationen und Menschenrechtsgruppen kritisieren diese Maßnahme der Regierung massiv. Ihnen zufolge werden so *grileiros*, also Fälscher von Grundbesitzurkunden, bevorteilt. Die ehemalige Umweltministerin Marina Silva, früher von der regierenden Arbeiterpartei PT, kritisierte diese Maßnahme massiv. Ihrer Meinung nach werden so Regenwaldzerstörer für ihr Tun noch belohnt. Vor allem wird kritisiert, dass es Schlupflöcher in dem Gesetz gibt, die es ermöglichen, bis zu 2.500 Hektar Land zu legalisieren. Außerdem sollen auch Firmen die Möglichkeit besitzen, ihre Besetzungen bestätigen zu lassen. Umweltorganisationen befürchten deshalb, dass die Zerstörung des Regenwaldes nun auch noch gerichtlich sanktioniert wird (vgl. *Estado de São Paulo* 24.06.2009). Zwar können auch Kleinbäuerinnen und -bauern über dieses Programm einen Titel erwerben; doch dies wäre bereits vorher möglich gewesen, wenn einfach nur die Gesetze eingehalten würden (zu den Regelungen für *posseiros/as*, siehe oben). Letztlich dient also die MP458 vor allem den GroßgrundbesitzerInnen, die ihr illegales Land legalisieren wollen. Für *posseiros/as*, also KleingrundbesitzerInnen, wird die Situation mit der MP458 eher noch schwieriger (vgl. Bredenbeck 2009: 112).

Nicht zuletzt wegen der MP458 ist inzwischen die ehemalige Umweltministerin Marina Silva, die selbst Kautschukzapferin in Amazonien war, aus der regierenden Arbeiterpartei PT ausgetreten. Sie wird bei den Wahlen im Jahr 2010 für die Grüne Partei als Präsidentschaftskandidatin antreten.

Inzwischen hat die Bundesstaatsanwaltschaft Brasiliens eine Klage vor dem Obersten Verfassungsgericht angestrebt. Der aktuellen Bundesstaatsanwältin Deborah Duprat zufolge verstößt die MP458 gegen die Verfassung. Unter anderem kritisiert sie, dass LandbesitzerInnen, die sich Land von *quilombolas*, den Nachfahren geflohener Sklaven, angeeignet haben, ihr besetztes Land legalisieren können. Ihr zufolge sind darüber hinaus viele der Ländereien mit dem Einsatz extremer Gewalt, illegaler Rodungen und unter dem Einsatz von Sklavenarbeit besetzt worden; dass solche Verbrechen nun durch eine Landlegalisierung auch noch belohnt werden sollen, sieht sie als einen Verfassungsbruch (vgl. *Folha de São Paulo* 09.07.2009).

Wem Amazonien gehört, also in dem Sinne, wem welches Land gehört, ist bis auf weiteres nicht geklärt. GroßgrundbesitzerInnen eignen sich auf gewalttätige Weise Land an, roden es und bauen darauf Lebensmittel an. Unter dem Gesichtspunkt des globalen Rennens um landwirtschaftlich

nutzbare Flächen droht sich die Umweltzerstörung und gewaltsame Vertreibung von Kleinbäuerinnen und -bauern, indigenen Gemeinschaften, Nachfahren geflohener Sklaven und anderen Gruppen, die in Amazonien leben, durch die große Agrarindustrie sich noch zu verstärken.

II.4 Wer will Amazonien?

Die Interessen an Amazonien sind sehr vielfältig. Sie unterscheiden sich, je nachdem, ob es sich bei den Akteuren um BewohnerInnen der Region handelt, oder AgrarunternehmerInnen oder NaturschützerInnen, die von außen das Gebiet betrachten. Doch so unterschiedlich die Vorstellungen, was und wie mit dem Amazonasgebiet zu tun wäre, auch sein mögen, sie haben alle die selbe Voraussetzung: den Besitz von Land. Nur was mit dem Land geschehen soll, da gehen eben die Vorstellungen auseinander.

Die Indigenen und die SammlerInnen

Die Interessen der indigenen Gruppen sind eindeutig: Sie wollen vor allem, dass ihre Rechte, die in den Verfassungen der Länder des Amazonasgebietes theoretisch garantiert sind, auch eingehalten werden. Das wichtigste Grundrecht ist dabei ihr Anspruch auf Land. Zahlreiche indigene Gemeinschaften bemühen sich darum, dass der jeweilige Staat ihr Land demarkiert und respektiert.

Im brasilianischen Bundesstaat Roraima, an der Grenze zu Venezuela, bemühten sich zum Beispiel die indigenen Gruppen der Macuxi, Ingarakó, Tau-repang, Patamona und Wapixana (zusammen um die 20.000 Personen) seit 30 Jahren um die Demarkation ihres Territoriums *Raposa Serra do Sol*. Es ging dabei um 1,7 Millionen Hektar Land. Gegen diese Demarkation hatten 2006 einige ReisfarmerInnen Klage eingelegt. Zwar waren von der bevorstehenden Demarkation des indigenen Territoriums und der damit verbundenen Umsiedelung von LandwirtInnen – in dieser Region vornehmlich Reisbäuerinnen und -bauern – auch Kleinbäuerinnen und -bauern betroffen. Die Mehrzahl von ihnen akzeptierten aber ihre Umsiedelung, nachdem die brasilianische Regierung 6,9 Millionen Reais (etwa 4 Millionen Euro) als Entschädigung bereit stellte.

Acht GroßgrundbesitzerInnen klagten allerdings. Sie waren seit 1992 in dem Gebiet aktiv und haben ihre Ländereien auf 15.000 Hektar ausgedehnt. Im März 2009 schließlich schmetterte der brasilianische Oberste Gerichtshof die Klage ab. Nun steht einer Demarkation nichts mehr im Wege (vgl. Damm 2009: 42-44). Doch dieser für die Indigenen letztlich erfolgreichen Entscheidung gingen Jahrzehnte des teilweise gewaltsamen Kampfes um ihr Territorium voraus. Die Demarkation des Territoriums wurde von der Agrarlobby als „Hemmnis für den Fortschritt“ diffamiert. (vgl. Brock/Papacek/Schäfers 6/2004; Fatheuer 7/8/2008). Zum Teil wurden auch Nichtregierungsorganisationen, die die Indigenen der *Raposa Serra do Sol* unterstützten, verdächtigt, insgeheim die Interessen multinationaler Bergbauunternehmen zu vertreten (siehe auch oben).

Ebenso bemühen sich KautschukzapferInnen, Babaçu-Nuss-SammlerInnen und Paránuss-sammlerInnen darum, dass die Gebiete, auf denen sie leben, demarkiert und unter Schutz gestellt werden. *Resex* werden diese rechtlich abgesicherten Territorien in Brasilien genannt – *Reservas Extrativistas*, was so viel heißt wie „Sammlerreservat“ (Kleiber 2009: 18f).

Doch die Versuche der angestammten Bevölkerung Amazoniens, Rechtssicherheit für ihre Gebietsansprüche zu erhalten, werden immer wieder als Fortschrittshemmnis angesehen – und ihre Interessen und Rechte in eklatanter Weise übergangen. Ein Beispiel ist der Bau des Staudammprojekts Belo Monte, am Xingu-Strom, im Munizip¹⁴ Altamira im

14 Munizip ist eine brasilianische Verwaltungseinheit und entspricht einer deutschen Gemeinde. Im Amazonasgebiet können diese „Gemeinden“ allerdings gigantisch sein. Das Munizip Altamira ist mit einer Fläche von etwa 160.000 Quadratkilometern größer als etliche europäische Länder.

Bundesstaat Pará, Brasilien. Antonia Melo, eine der GründerInnen der Frauenorganisation Bewegung der Arbeitenden Frauen Altamiras, ist aktiv in verschiedenen Netzwerken von Nichtregierungsorganisationen. Sie befürchtet, dass durch den Bau des Staudamms große Flächen, auf denen SammlerInnen und Kleinbäuerinnen und -bauern leben, überflutet werden. Diese müssen dann umsiedeln und andere Waldstücke roden. Vor allem kritisiert sie, dass bei den Planungen der Regierung die Bevölkerung nicht gefragt wird und keine Rücksicht auf sie genommen wird (vgl. Kleiber 2009b: 98f).

Die Erdölfirmen

Das aktuellste Beispiel dafür, wie gewalttätig die Konflikte um die Nutzung Amazoniens sein können, bietet sich derzeit in Peru. Dort verkaufte die Regierung Erdölkonzessionen über das Territorium, auf dem sich indigene Achuar-Gemeinden befinden, bereits in den 1970er Jahren an den US-amerikanischen Erdölkonzern Occidental Petroleum. Theoretisch sollten die amazonischen Territorien Perus, auf denen indigene Gemeinschaften – teilweise in selbst bestimmter Isolation – leben, geschützt werden. 1974 wurden etwa zwölf Millionen Hektar Land für indigene Gemeinden festgelegt und eingeschrieben. Dennoch vergibt die peruanische Regierung immer wieder Konzessionen über Gebiete, die sich mit indigenen Schutzzonen überlappen. Dabei wird auf eine „freie und informierte Befragung der betroffenen indigenen Gemeinschaften“ wie es die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation vorsieht, meistens verzichtet. Die Erdölkonzerne machen große Gewinne mit der Ausbeutung der Erdölfelder – die indigenen Gemeinschaften müssen mit den negativen Folgen leben. Flüsse werden durch austretende Chemikalien auf Grund der Erdölgewinnung verseucht, was die Fische vergiftet, von denen die Indigenen sich ernähren (vgl. Hohmann 2009: 91f). Um sich gegen diese Gefährdung zu wehren, organisieren die Indigenen Proteste. Straßen werden blockiert und Ölstationen besetzt. Am 5. Juni dieses Jahres eskalierte die Situation bei solchen Protesten. Die Regierung sandte Polizisten in die Amazonasregion, um gegen die Protestierenden vorzugehen. Bei den Kämpfen kamen insgesamt 34 Menschen ums Leben, davon 23 Polizisten. Die genauen Umstände dieser Tode und

was genau bei diesen Konflikten passierte, ist noch ungeklärt (vgl. Hohmann 7/8/2009).

Die SojafarmerInnen

Doch das wohl größte Konfliktpotenzial in Amazonien birgt die immer weiter gehende Ausweitung der industriellen Landwirtschaft. Die Gewinnspannen, die damit in Amazonien erreicht werden können, lassen manchen InvestorInnen die Augen leuchten. Auch Landwirte aus anderen Ländern beginnen immer mehr, im Amazonasgebiet in die Landwirtschaft zu investieren. Ein Beispiel ist der US-amerikanische Farmer Kory Melby. Wie er auf seiner Homepage schreibt, ist er auf einer Farm in Minnesota aufgewachsen und studierte Landwirtschaft. Im Jahr 2001 reiste er zum ersten Mal nach Brasilien, um die dortige moderne Landwirtschaft kennen zu lernen – und war sofort begeistert, wie er schreibt. Nach mehreren Reisen heiratete er eine Brasilianerin, ließ sich im amazonischen Bundesstaat Mato Grosso nieder und ist fest integriert in der Gesellschaft der reichen Agrarindustriellen, die auf riesigen Flächen Soja anbauen. Neben seiner Tätigkeit als Sojapflanzer bietet er „Crashkurse“ für investitionsbereite US-amerikanische Landwirte an. Seine Begeisterung für die Potenziale der Landwirtschaft in der amazonischen Feuchtsavanne *Cerrado* kennt kaum Grenzen: „Alles was man pflanzt, wächst hier!“ schreibt er in seiner Homepage, auf der er bei US-amerikanischen Landwirten dafür wirbt, sich doch eine Investition in Brasilien zu überlegen. Die Landpreise lägen ein Vielfaches niedriger als in den USA und die Erträge seien ebenfalls wesentlich höher. Bedenken wegen der Zerstörung des Naturraums Savanne kennt er nicht, im Gegenteil: „Während in den USA jedes Jahr zehntausende *acre*¹⁵ Land wegen Umweltauflagen außer Produktion gesetzt werden, werden in Brasilien zehntausende *acre* Land jedes Jahr in Produktion gesetzt!“, schreibt er begeistert über seine neue Wahlheimat. Schwärmerisch beschreibt er Landschaften an der brasilianischen Bundesstraße BR-163 (siehe unten), die wie ein grünes Meer aus Soja aussehen; Gedanken über die Menschen, die vorher dort wohnten oder die Naturräume, die zer-

15 Acre ist ein britisch-amerikanisches Flächenmaß und entspricht etwa 0,4 Hektar.

stört worden sind, scheint er sich nicht zu machen. So lädt er US-amerikanische Farmer ein, von ihm organisierte Touren mitzumachen, um die Potenziale der industriellen Landwirtschaft in Brasilien kennen zu lernen. Sein Fazit lautet: „Landwirtschaft in Brasilien boomt!“ (vgl.: *Brazilintl.com* 2009; alle Zitate Melbys sind dieser Homepage entnommen und vom Verfasser übersetzt worden).

Dass für diesen Boom illegal Land besetzt wird, Kleinbäuerinnen und -bauern, Indigene und *quilombolas* vertrieben werden, interessiert solche AgrarunternehmerInnen wenig¹⁶. Und wie die Aussagen von Kory Melby dokumentieren, spielen bei dem Wettlauf um gutes Farmland in Amazonien Skrupel über die Zerstörung der Naturräume, insbesondere des Regenwaldes, kaum eine Rolle.

Entwaldung und Landwirtschaft

Dieser neue Wettlauf um Farmland zeigt auch, dass alte Thesen über die Entwaldung Amazoniens nicht mehr zutreffen. In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde ein Zyklus der Entwaldung/Rodung angenommen, den man später *turnover hypothesis* (in etwa „Fluktuationshypothese“) nannte (vgl. Campari 2005: 1). Dieser These zufolge funktioniert die „Ökonomie der Entwaldung Amazoniens“ folgendermaßen: Kleinbäuerinnen und -bauern, angezogen von Regierungsprogrammen, kommen nach Amazonien, besiedeln ein Stück Land in der Nähe einer Straße und roden es. Auf Grund der relativ schlechten Qualität des Bodens laugt dieser sehr bald aus, weshalb sich die Kleinbäuerinnen und -bauern (illegal) mehr Land aneignen – sie roden es, um zu zeigen, dass sie es produktiv in Wert setzen, um so als *posseiro* gelten zu können (zum Rechtsstatus der *posseiros*, siehe S. 14ff. dieser Studie). Doch auch diese neuen Rodungen können die schlechte Bodenqualität nicht ausgleichen – die Kleinbäuerinnen und -bauern müssen aufgeben und verkaufen (im besten Fall; sonst werden sie einfach vertrieben) ihr Land an GroßgrundbesitzerInnen und ziehen weiter, um das nächste Stück Regenwald zu roden. Die neuen BesitzerInnen nutzen das Land – meistens als Viehweide – bis auch unter dieser Nutzungsform kaum Gewinn zu erwirtschaften ist. So geht der Zyklus von vorne los und der Regenwald wird nach und nach

zerstört (vgl. Campari 2005: 58-66). Nach dieser Hypothese bedeutet die Entwaldung Amazoniens ein „lose-lose scenario“ (Campari 2005: 204), das heißt, es gebe nur Verlierer bei der Rodung des Waldes: Sowohl die Umwelt wird zerstört, als auch die Landwirte, ob Groß- oder Kleinlandwirte, verlieren langfristig. Dieser Hypothese zufolge müsste also den Landwirten Amazoniens nur ein wenig Rationalität ans Herz gelegt, und die Regierungsprogramme zur Besiedelung Amazoniens müssten eingestellt werden; dann würden schon die Regulierungskräfte des freien Marktes dafür sorgen, dass die Zerstörung des Regenwaldes aufhörte (vgl. Campari 2005: 204).

Für die 1980er Jahre schien diese Hypothese die ökonomischen Triebkräfte der Zerstörung des Regenwaldes gut zu erklären. Von den 80 Millionen Rindern, die im Amazonasgebiet gezüchtet werden, stehen nur etwa 20 Millionen auf extensiv betriebenen Weiden in der Savannenregion (vgl. Ribera Arismendi 2008: 15). In ganz Amazonien wurden zwischen den Jahren 1970 und 2000 ungefähr 800.000 Quadratkilometer gerodet. 500.000 Kilometer wurden in den Jahren 1980 bis 1990 gerodet. Für Brasilien bedeutet das, dass ungefähr 20 Prozent der Ökosysteme in Brasilien seit 1970 zerstört wurden (vgl. Ribera Arismendi 2008: 13). Bis in die 1980er Jahren spielte sich die Zerstörung des Regenwaldes – mehr oder weniger – so ab, wie oben beschrieben. Doch inzwischen scheint sich dies geändert zu haben.

Der Ökonom und Forscher zu Umweltfragen João S. Campari fertigte eine umfangreiche Studie an, in deren Rahmen die Landnutzung in mehreren Gemeinden in verschiedenen Teilen der Amazonas-

16 An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass nicht alle AgrarunternehmerInnen sich an gewaltsamer und illegaler Landnahme beteiligen. Viele kauften ihr Stück Land im guten Glauben, dass alles mit rechten Dingen zugeht, ohne zu wissen, dass z.B. Indigene, die darauf lebten, gewaltsam vertrieben wurden. Wie in Kapitel II.3 erklärt, werden ja gerne illegal und gewaltsam angeeignete Landstücke weiterverkauft, um den gefälschten und illegalen Besitzurkunden mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen – so kaufen sicherlich etliche AgrarunternehmerInnen gefälschte Landtitel, ohne davon zu wissen – andere wissen aber ganz genau was sie da tun; nachweisen lässt es sich aber nur sehr schwer, ob ein Käufer nun weiß, ob es illegales Land war, oder nicht, das er kaufte.

region über Jahrzehnte beobachtet wurde, um diese *turnover hypothesis* zu überprüfen. Sein Ergebnis ist eindeutig: Die Ökonomie der Entwaldung liegt nicht in der Unrentabilität von Landwirtschaft begründet (vgl. Campari 2005: 175f). Im Gegenteil, es war sogar zu beobachten, dass in den Regionen, wo die Fluktuation der Besitzverhältnisse relativ niedrig ist, relativ wenig gerodet wurde. Wo jedoch die Landwirte mit großen Gewinnmargen wirtschafteten, wurde dagegen am meisten Regenwald abgeholzt (vgl. Campari 2005: 177-180). Dies bedeutet, dass die Rodung des amazonischen Regenwaldes keine *lose-lose* Situation ist – es ist also *keine* Situation, in der sowohl der Regenwald, als auch die AgrarunternehmerInnen verlieren. Vielmehr handelt es sich um eine *win-lose* Situation: Rein wirtschaftlich betrachtet, lohnt es sich, den Regenwald abzuholzen, die angestammte Bevölkerung zu vertreiben und sich illegal Land anzueignen (vgl. Campari 2005: 204, siehe auch Wienold 2006: 9). Dies ist auch auf verbesserte Anbaumethoden zurückzuführen; heute kann die industrielle Landwirtschaft – durch Gentechnik und Düngungen – besser mit den eher sauren, tropischen Böden umgehen (vgl. Ribera Arismendi 2008: 27).

Dies zeigen auch andere aktuelle Studien. Allein in den brasilianischen Bundesstaaten Rondônia und Mato Grosso sind in den letzten zehn Jahren 200.000 Quadratkilometer Fläche entwaldet worden, hauptsächlich um Soja anzubauen. Diese wilden Rodungen finden insbesondere an instand gesetzten Straßen, wie etwa der BR-163 statt (vgl. Ribera Arismendi 2008: 14; siehe auch Kapitel III.1).

Wenn man also Amazonien den Kräften des freien Marktes überlassen würde – wie es *de facto* in weiten Teilen Amazoniens einfach der Fall ist – dann würde vom Regenwald, der *Cerrado*-Feuchtsavanne und anderen einzigartigen Naturräumen wenig übrig bleiben. Und die finanzschwache angestammte Bevölkerung, die der Natur ihren eigenen Wert zuschreibt, der jenseits kapitalistischer Verwertungsprinzipien liegt, würde auf kurz oder lang ihre Heimat verlieren. Sie müsste in die immer weiter wachsenden Armenviertel der südamerikanischen Riesenstädte ausweichen.

NaturschützerInnen und EmissionshändlerInnen

Inzwischen ist es ein allgemeiner Konsens, dass es den Natur- und Kulturraum Amazonien zu schützen gelte – niemand würde mehr öffentlich widersprechen. Nur sagen eben SojafarmerInnen, dass es schon genug Schutzräume gebe, während VertreterInnen von Indigenen oder SammelwirtschaftlerInnen sagen würden, es gebe zu wenige Schutzräume. Die Staaten Amazoniens stellen so eine Verdichtung von Kräfteverhältnissen dar; innerhalb staatlicher Institutionen – Entwicklungsministerien, Umweltministerien, Landwirtschaftsministerien, Institutionen für Landreform etc. – sitzen verschiedene Personen, die unterschiedliche, oftmals gegensätzliche Positionen vertreten.

Doch es gibt eben zusätzliche Akteure: internationale Naturschutz- und Menschenrechtsorganisationen. Wie oben erwähnt, gibt es zwar in den Ländern Amazoniens ein großes Misstrauen diesen Organisationen gegenüber; ihr Einfluss ist aber spürbar. Organisationen wie Greenpeace haben auch Einfluss auf die Bevölkerung innerhalb der amazonischen Länder und sind dort aktiv.

Nun müsste man meinen, dass Naturschutzorganisationen und Indigene, Kleinbäuerinnen und -bauern oder KautschukzapferInnen natürliche Verbündete seien – schließlich seien alle am Erhalt des Regenwaldes interessiert. Doch dem ist nicht immer so. Naturschutzorganisationen haben auch ihre eigene Konstruktion vom Raum Amazonien vor Augen: Einer Naturlandschaft, die nach Möglichkeiten menschenleer sein sollte. Zudem haben viele Naturschutzorganisationen eine gewisse Scheu, sich zu deutlich politisch zu positionieren – doch der Kampf von Indigenen oder SammlerInnen um Land ist ein zutiefst politischer Kampf. Der US-amerikanische Anthropologe Mac Chapin hatte bereits 2004 in einem einflussreichen Artikel im *World Watch Magazin* auf die Interessengegensätze von Indigenen und Naturschutzorganisationen hingewiesen. In einem Interview fasste er den Gegensatz folgendermaßen zusammen: „Grob gesagt kann man feststellen: Die Naturschutzorganisationen wollten vor allem den Schutz der Biodiversität – und die Indigenen wollten mit den politischen Themen anfangen“ (Russau 2009: 41). Manche großen Naturschutzorganisationen haben eben In-

teressen, die gegen die Interessen der BewohnerInnen der Amazonasregion gerichtet sind – über kurz oder lang werden aber derartige Schutzkonzepte keinen Erfolg haben. Die BewohnerInnen des Waldes haben ein Anrecht auf ihren Wald, der Schutz des Waldes kann nicht ohne sie geschehen.

Es sind auch internationale Akteure, die ein Interesse am Erhalt des Regenwaldes haben. Ein viel diskutiertes Beispiel ist REDD. REDD steht für „Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung“. Ein Abkommen zu REDD-Politiken sollte 1997 im Rahmen des Kyoto-Protokolls geschlossen werden, was jedoch misslang. Schließlich wurde es von einigen Ländern 2007 anlässlich der Konferenz zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen angenommen. Daraus soll ein alternatives System zur Inwertsetzung des amazonischen Regenwaldes entstehen. Geplant ist, dass Industrienationen dem Kohlendioxid, das in Regenwäldern gespeichert ist, einen Wert beimessen. Diesen sollen sie dann den jeweiligen Ländern, in denen der Wald steht, bezahlen. Im Austausch dafür garantieren die Länder mit den Wäldern, dass diese nicht gerodet werden. Die jeweilige Industrienation bekommt dafür Emissionsgutscheine; die Industrie des Landes, die diese Gutscheine erworben hat, darf dann Kohlendioxid in der Menge, die für die Gutscheine errechnet wurden, zusätzlich in die Atmosphäre pusten. Hintergrund sind die weltweiten – mehr oder weniger ernst gemeinten – Bemühungen, den Kohlendioxidausstoß zu verringern und den Klimawandel zu mildern. „Wald für Emissionen“ ist das Schlagwort von REDD. Umweltorganisationen in den Industrienationen sehen solche virtuelle Inwertsetzung von Kohlendioxid¹⁷ meistens kritisch. Schließlich werden so ernsthafte Bemühungen der Industrienationen, Emissionen zu reduzieren konterkariert. Anstatt neue Techniken anzuwenden, um weniger Kohlendioxid in die Atmosphäre zu blasen, kauft man lieber Zertifikate über Kohlendioxid, das nicht in die Atmosphäre gelangen soll, da es in Wäldern gebunden ist.

Etwas ähnliches bietet das Yasuni-Projekt in Ecuador. Hier werden nicht die Wälder – obwohl es sich um ein Gebiet mit amazonischen Regenwald handelt – virtuell in Wert gesetzt; hier sind es Ölreserven, die unter der Erde schlummern. Die ecuadorianische Regierung soll Geld bezahlt be-

kommen dafür, dass sie verzichtet, diese Ölquellen anzupapfen. Der ecuadorianische Staat braucht dringend Einnahmen; diese Methode bietet die Möglichkeit, dass das arme Land den Regenwald schützt und dennoch nicht auf wichtige Einnahmen verzichten muss. Nachteil ist natürlich, dass die Industrienationen eine berechnete Menge Kohlendioxid mehr ausstoßen dürfen (vgl. Thomssen 12/2008, Henze 6/2007). Man muss aber auch bedenken, dass diese Ölreserven nun nicht in die Atmosphäre geblasen werden – das würden ja ohnehin hauptsächlich die Industrienationen tun, die ein Vielfaches an Öl verbrauchen, als es die Länder Amazoniens tun. Und wenn man sich vor Augen hält, welche katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt die Ausbeutung von Erdölreserven in Ecuador bereits hatte (vgl. etwa Ramm 9/10/2005), kann man gut verstehen, dass Indigenenorganisationen und lokale Umweltorganisationen derartige Programme für beispielhaft erachten.

Auch bei REDD waren anfangs die BewohnerInnen des Amazonasgebietes optimistisch, dass dieser Mechanismus ihnen die Möglichkeit geben könnte, ihren Lebensraum zu bewahren. Schließlich wird ständig Indigenen, Kleinbäuerinnen und -bauern, Fischern oder SammlerInnen der Amazonasregion unterstellt, nicht produktiv genug zu sein – deshalb gelten sie TechnokratInnen ja als „Hindernisse des Fortschritts“. REDD schien die Möglichkeit zu sein, den Regenwald in Wert zu setzen, ohne ihn zu zerstören; so können sich Indigene und andere WaldbewohnerInnen als Schützer des Waldes präsentieren, und die Regierung profitiert auch noch davon. So erhoffen sich amazonische Basisorganisationen, ihren Wald zu erhalten, mit der Unterstützung ihrer Regierungen (vgl. Fatheuer 2009: 113-116).

Doch dies hat sich gewandelt. Anfang Oktober 2009 kamen in Belém (Pará, Brasilien) etliche RepräsentantInnen von amazonischen Nichtregierungsorganisationen zusammen, um über „Klima und Wald – REDD und marktbasierende Mechanismen als Lösung für den Amazonas“ – so der Titel der Konferenz – zu reden. Sie stellten sich vor als

17 Grundsätzlich ist ja der Handel mit Emissionszertifikaten absurd – künstlich werden Werte geschaffen, mit denen dann gehandelt wird.

„sozio-ökologische Organisationen und Bewegungen, männliche und weibliche ArbeiterInnen in der familiären Landwirtschaft, ExtraktivistInnen (also SammlerInnen, Anm. d. Verf.), Angehörige von Quilombogemeinden, Frauenorganisationen, städtische Basisbewegungen, FischerInnen, Studierende, traditionell lebende Menschen und Gemeinden und indigene Ethnien, die vereint sind im Kampf gegen Waldzerstörung und für ökologische Gerechtigkeit im Amazonasgebiet und Brasilien“ (Carta de Belém 2009; Übersetzung d. Verf.). In der Abschlusserklärung des Treffens, der Carta de Belém (Brief von Belém), weisen sie alle Versuche des marktorientierten Schutzes des Regenwaldes zurück. Der Schutz des Regenwaldes – so die UnterzeichnerInnen – sei viel zu wichtig, als es dem Markt zu überlassen. Zudem sei mit REDD die Ge-

fahr gegeben, dass die Industrienationen sich nicht ihrer Verantwortung für den Klimawandel stellen. Statt ihre Emissionen zu drosseln, könnten sie Emissionsrechte einfach kaufen. Schließlich kritisierten die UnterzeichnerInnen des Briefes, dass REDD keinen Unterschied machen würde zwischen monokulturellen Baumplantagen, Regenwald, der GroßgrundbesitzerInnen gehört und solchem, auf dem die ursprüngliche Bevölkerung lebt. Sie befürchten, dass durch REDD GroßgrundbesitzerInnen, die sich illegal Land angeeignet haben, eine „grüne Weste“ gegeben werden könnten, indem sie den Regenwald, der auf „ihrem“ Land steht, über REDD in Wert setzen. Stattdessen sei eine umfangreiche Landreform notwendig und die Wertschätzung traditioneller Lebensweisen (vgl. Carta de Belém 2009).

II.5 Straßen in den Wald – Infrastrukturprojekte in Amazonien – IIRSA et al.

Was nützt erwirtschafteter Reichtum mitten im Wald, wenn man ihn nicht abtransportieren kann? Nichts. Seit den frühesten Zeiten der europäischen Kolonisierung des Amazonasbeckens beschäftigte Regierungen die Frage, wie man den Zugang zu dem Gebiet organisieren könnte. Während der Kolonialzeit vollzog sich die europäische Besiedelung der Region ausschließlich über den Wasserweg. Die Ströme des Amazonasbeckens – neben dem Amazonas selbst zählen hierzu der Xingu, der Tocantins und andere Ströme – sind sehr gut schiffbar. So fanden sich Siedlungen europäischer EinwandererInnen bis zum 19. Jahrhundert fast ausschließlich an den Ufern der schiffbaren Flüsse. Für den Bau von Straßen durch das unwegsame Dschungelgelände fehlten die finanziellen und technischen Möglichkeiten. Dies änderte sich, als Amazonien zum Objekt von mächtigen wirtschaftlichen Interessen wurde. Dies war zuerst der Hunger der sich industrialisierenden Nationen nach Kautschuk.

Wie oben beschrieben (vgl. Kapitel II.2) trat im Jahr 1903 Bolivien das Gebiet des heutigen Bundesstaates Acre an Brasilien ab. Im Vertrag von Petrópolis war vorgesehen, dass Brasilien als

Entschädigung für das Territorium unter anderem eine Eisenbahnlinie von Porto Velho, im heutigen brasilianischen Bundesstaat Rondônia, über die Grenzstadt Guajara-Mirim bis zur bolivianischen Stadt Riberalta baue. Damit sollte der nicht-schiffbare Teil der Flüsse Madeira und Marmoré überbrückt werden, wo sich zahlreiche Wasserfälle befinden. Für Bolivien, das seit dem Salpeterkrieg (1879-1884) keinen Zugang zum Meer hat, sollte auf diese Weise ein Weg geschaffen werden, Waren – damals vor allem Kautschuk – über den Amazonas bis zum Atlantik zu transportieren. Die Gesamtstrecke der Madeira-Marmoré Eisenbahnlinie wurde aber nie zu Ende gebaut. Als die Strecke 1912 eröffnet wurde, reichte sie gerade bis Guajara-Mirim. Die Bauarbeiten für diese Eisenbahnlinie waren furchtbar. Schnell gaben englischsprachige Ingenieure dem Bauvorhaben den Spitznamen Mad Maria („Verrückte Maria“). Schätzungsweise 6.000 ArbeiterInnen kamen dabei ums Leben, hauptsächlich auf Grund tropischer Krankheiten und Mangelernährung, was die Legende begründete, dass unter jeder Bahnschwelle der Strecke eine Leiche liege (vgl. Stokes 2000: 272-399). Die Eisenbahnlinie

ist eines der ersten Beispiele für die so genannten „pharaonischen“ Großprojekte, mit deren Hilfe die Amazonasregion infrastrukturell erschlossen werden sollte. Über den Bau der Eisenbahnlinie hat der brasilianische Autor Márcio Souza ein inzwischen weltberühmtes Buch geschrieben, *Mad Maria*, das auch ins Deutsche übersetzt wurde (Souza 1984).

Im Jahr 1966 schloss die Militärregierung die Eisenbahnlinie endgültig und Straßen wurden gebaut. Stattdessen machte die Militärregierung andere Pläne, um die nicht schiffbaren Abschnitte der Flüsse zu überbrücken; realisiert wurden sie bis heute nicht. Am Ende fehlte auch der Militärregierung das Geld für das Projekt.

Doch in den letzten Jahren, da die Landwirtschaft in Amazonien wieder boomt – und diesmal fast ohne große staatliche Subventionierung – werden diese Pläne aus der Schublade geholt, entstaubt und nun wohl auch realisiert. Welches gigantische Projekt soll diesmal den Weg für Waren freimachen? Ein gigantisches Staudammprojekt. Am 10. Dezember 2007 entschloss sich die Regierung, den Madeira-Fluss anzustauen (vgl. Fatheuer 1/2008).

Zwei Dämme sollen den Madeira-Fluss stauen. Mit ihnen soll nicht nur Strom gewonnen werden, mit dem die Industrialisierung der Region Rondônia angestoßen werden soll¹⁸. Ebenfalls soll der Rückstau die Wasserfälle an den Flüssen Madeira und Marmoré überfluten¹⁹. Auf diese Weise sollen die beiden Flüsse schiffbar gemacht werden. Doch Kritik an derartigen Projekten gibt es zur Genüge. Der Madeira-Fluss ist einer der sedimentreichsten Flüsse Amazoniens. Es ist abzusehen, dass auf Dauer der zu entstehende Staudamm versanden wird (vgl. Ribera Arismendi 2008: 38-42).

Des Weiteren werden die üblichen Folgen von Riesenstaudämmen erwartet: massenhafte Umsiedlung der AnwohnerInnen, Überflutung von Territorien, Mückenplagen etc. Der zu erwartende Rückstau des Staudamms wird bis nach Bolivien reichen und dort von Indigenen bewohnte Regionen überfluten. Die Bevölkerung wehrte sich gegen das Projekt mit Protesten und Besetzungen von Gebäuden. Doch die Proteste wurden brutal von der Polizei weg geprügelt (vgl. Fatheuer 1/2008).

Es scheint, als gelte der aktuellen brasilianischen Regierung die Bevölkerung Amazoniens weiterhin nur als Stolperstein für den Fortschritt.

Das Staudammprojekt am Madeira gehört zu den Projekten, die zum IIRSA-Programm gehören. IIRSA steht für „*Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional de América Latina*“ – Initiative für die Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas. Bei einem Gipfeltreffen der südamerikanischen Regierungschefs im August 2000 in Brasília wurde diese Initiative beschlossen. Es soll, wie es auf der Internetpräsenz von IIRSA heißt, die „regionale Integration“ der südamerikanischen Länder fördern. Es handelt sich um das größte transnationale Infrastrukturprogramm, das je in Südamerika umgesetzt wurde (vgl. IIRSA 2009, van Dijck/den Haak 2006: 17-24).

IIRSA wird finanziert von der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IDB), der *Corporación Andina de Fomento* (CAF) – Entwicklungsbank zur Förderung der Länder des Andenpakts (CAN) – und des *Fondo Financiero para el Desarrollo de la Cuenca del Plata* (FONPLATA), dem Finanzfond für die Entwicklung des La Plata-Beckens. Mit der beschworenen wirtschaftlichen Integration durch IIRSA ist es KritikerInnen zufolge nicht weit her. Es geht vor allem um bessere Verkehrswege zum Export nach Nordamerika, Asien und Europa (vgl. Ribera Arismendi 2008: 6).

Der Inhalt der Initiative sieht eine Integration der Infrastruktur der südamerikanischen Länder vor. Entlang von „Entwicklungsachsen“ sollen Straßen gebaut, Flüsse schiffbar gemacht, Kraftwerke errichtet werden etc. Diese „Achsen“ dienen letztlich

18 Mit dem Strom könnten zum Beispiel Aluminiumwerke oder Papierfabriken betrieben werden. Papierfabriken geben der Zerstörung des Regenwaldes ebenfalls einen Vorschub: das Holz für das Papier muss ja irgendwo herkommen (vgl. Ribera Arismendi 2008: 37). Aluminiumwerke brauchen Unmengen billiger Energie, um wirtschaften zu können; und verdrecken die Umwelt ebenfalls in ungeheuren Ausmaßen (vgl. Girndt 2009: 88-89).

19 Auf Grund neuer Turbinentechnik soll das Anstauen des Wassers zu großen Seen unnötig werden; dadurch wird aber der Rückstau in den Flüssen selbst wesentlich größer; zudem ist bei einem Projekt dieser Größenordnung kaum abzusehen, ob sich am Ende alles so ergeben wird, wie geplant (ebd.).

aber auch als Korridore für den Rohstoffexport in die Industrieländer (vgl. Fuser 2009: 68).

Insgesamt existieren zehn dieser Entwicklungsachsen, in denen die infrastrukturelle, transnationale Kooperation verbessert werden soll. Insbesondere der Abtransport von Soja und anderen ölhaltigen Früchten soll für die Agrarindustrie erleichtert werden. So nimmt es nicht wunder, dass insbesondere Brasilien, wo die Agrarindustrie schon seit Jahrzehnten boomt, eine Vorreiterrolle bei der Durchführung von IIRSA einnimmt (vgl. Ribera Arismendi 2008: 7).

Die brasilianische Wirtschaft erhofft sich einen erleichterten Zugang zum Pazifik und damit einen billigeren Zugang zu Märkten in Asien und der US-amerikanischen Westküste. Tatsächlich basiert IIRSA in weiten Teilen auf einem brasilianischen Projekt zur infrastrukturellen Integration. Zur „Urgeschichte“ von IIRSA gehört die Idee der ENID, der „*Eixos Nacionais de Integração e Desenvolvimento*“ (Nationalen Achsen zur Integration und Entwicklung). Diese Idee von „Entwicklungsachsen“ wurde für IIRSA nun auf ganz Südamerika ausgeweitet (vgl. Ribera Arismendi 2008: 9).

Letztlich werden für IIRSA nur Projekte aus den 1970er Jahren, die nie durchgeführt wurden, wieder aufgewärmt. Es ist die alte „Entwicklungsideologie“ der Zeit der Militärdiktaturen, die in der Natur und der ansässigen Bevölkerung Amazoniens vor allem ein „Entwicklungshemmnis“ sieht, die nun im neuen Gewand daher kommt (vgl. Ribera Arismendi 2008: 16).

Finanziert werden soll eine Vielzahl der Projekte durch so genannte *Public Private Partnerships* (PPP – Privat-Öffentliche Partnerschaften). Dies sind Projekte, in denen die öffentliche Hand in Kooperation mit privaten Investoren große Bauvorhaben durchführt. Nach einer Studie des Zentrums für Lateinamerikanische Forschung und Dokumentation (CEDLA, Sitz in Amsterdam) können solche PPP durchaus helfen, Infrastrukturvorhaben durchzuführen, ohne die tendenziell zu schwachen öffentlichen Haushalte übermäßig zu belasten. Voraussetzung für solch erfolgreiche PPP in den Augen der Studie ist aber eine sorgsame Vorabprüfung. Zum einen sollte untersucht werden, ob tatsächlich eine PPP den Haushalt entlastet, oder ob nicht am Ende die öffentliche Hand für die Risiken auf-

kommt, während die privaten Investoren die Profite einheimen. Um dies auch wirklich umfassend einschätzen zu können, müssen zum anderen auch die negativen Effekte, die durch das Bauvorhaben zu erwarten sind, sorgsam geprüft werden – denn für die negativen Effekte auf Umwelt und Gesellschaft muss in der Regel die öffentliche Hand aufkommen (van Dijck/den Haak 2006: 29-39).

Laut den Autoren der Studie liegt genau hier das Problem: Obwohl auch für Brasilien theoretisch relativ strenge Gesetze gelten, die verlangen, dass Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft vor Durchführung einer PPP gut geprüft werden müssen, wird dies praktisch nicht immer getan (vgl. van Dijck/den Haak 2006: 41-53). In ihrer Studie untersuchten die beiden Autoren insbesondere die Asphaltierung der brasilianischen Bundesstraße BR-163. Diese Straße wurde im Rahmen der Kolonisierungspolitik der Militärregierung (siehe oben) in den Jahren 1971 bis 1973 gebaut; sie verbindet die Hauptstadt des Bundesstaates Mato Grosso, Cuiabá, mit der Stadt Santarém im südlichen Teil des Bundesstaates Pará (van Dijck/den Haak 2006: 66). Diese Straße wird derzeit im Rahmen einer PPP asphaltiert. Für den Bau wurden Konzessionen an private Investoren verkauft. Diese bekamen vom Staat eine bestimmte Gewinnmarge garantiert – die Gewinne sollen durch Mautgebühren erwirtschaftet werden; bleiben die Gewinne unterhalb der anvisierten Marge, springt der Staat finanziell ein. Nun wird diese Straße hauptsächlich von einer handvoll Sojafarmern benutzt, um ihre Ernte zum relativ neuen Sojaverladehafen nach Santarém abzutransportieren. Diese sind zu weiten Teilen identisch mit den privaten Investoren, die sich am Projekt beteiligen. Als solche müssen sie später aber keine Mautgebühren zahlen. Es ist also bereits absehbar, dass die Asphaltierung der BR-163 sich im Rahmen einer PPP kaum rentieren wird – die, die sie später am meisten nutzen, werden nicht bezahlen, bekommen aber bestimmte Profite garantiert. So ist die PPP für den Bau der BR-163 eine große Privatisierung öffentlicher Mittel. Profitieren wird vor allem die Sojaindustrie (vgl. van Dijck/den Haak 2006: 72-76).

Dies ist auch kein Wunder, war doch der derzeitige Gouverneur von Mato Grosso, Blairo Maggi, dereinst der größte individuelle Sojaproduzent der

Welt²⁰; das Familienunternehmen ist noch immer der größte Exporteur von Soja aus Brasilien (vgl. Governo Mato Grosso 2009).

Vor allem aber werden die negativen Folgen für die Umwelt durch die Asphaltierung der Straße enorm werden. Umweltorganisationen erwarten einen erheblichen Anstieg der Rodungen entlang der Straße. Erste derartige Folgen sind schon zu beobachten, da ein großer Teil der Straße bereits asphaltiert wurde. Schon allein durch die Ankündigung eines Straßenbaus oder der Asphaltierung einer bereits gebauten Straße steigen die Grundstückspreise in Amazonien – und gleichzeitig auch die Entwaldungsraten. Wie oben erklärt, kann man seinen Anspruch auf ein Stück Land am ehesten zementieren, indem man das Land „in Wert setzt“, das heißt „produktiv“ (also kapitalistisch“) verwertet. Wer sein Grundstück also rodet, erhöht damit seinen Wert (vgl. Wienold 2006: 7).

Durch den Bau eines großen Soja-Verlade-Hafens in Santarém durch den US-amerikanischen Konzern Cargill wurde zusätzlich der Sojaboom in Amazonien um die BR-163 gefördert. Die Sojafarmer von Pará und Mato Grosso verfolgen deshalb auch so vehement den Ausbau der BR-163, um besser zu diesem Hafen gelangen zu können. Seit der Inbetriebnahme des Hafens im Jahr 2002 wuchs die mit Soja bebaute Fläche im Bundesstaat Pará von 2.000 Hektar auf 35.000 Hektar im Jahr 2004 (Weidenberg/Bredenbeck 2009: 77-80). Inzwischen wird hauptsächlich für den Anbau von Soja Regenwald in Amazonien gerodet (vgl. Ribera Arismendi 2008: 17-23) Das US-Unternehmen Cargill verdient auf diese Weise direkt an der Abholzung des Regenwaldes.

Vor allem entlang der Straßen werden der Regenwald und andere Naturräume Amazoniens zerstört (vgl. Campari 2005: 49). Durch IIRSA wird sich dieser Trend verstärken. Denn nach Meinung von Naturschutzorganisationen²¹ zeichnen sich alle IIRSA-Projekte durch eine notorische Schwäche bei der Kontrolle, Prävention und Milderung

von sozio-ökologischen Schäden aus (vgl. Ribera Arismendi 2008: 60-68).

Ähnliche negative Folgen des Straßenbaus sind auch in anderen Ländern Amazoniens zu beobachten. Zum Beispiel wurde in Peru das Huallaga-Tal oder in Bolivien die Täler von San Julián, Alto Beni und Chaparé völlig unkoordiniert kolonisiert und Tausende von Hektar Wald durch Eukalyptusplantagen ersetzt (vgl. Ribera Arismendi 2008: 11).

IIRSA verfolgt ein Entwicklungskonzept, dass in den 1960er und 1970er Jahren erdacht wurde. Demnach ist Entwicklung nur messbar in kapitalistischer Produktion von Werten. Alles andere – Natur, lokale Bevölkerung und deren Kultur und Territorien – gelten als Hindernisse für diese Art des Fortschritts. Eine Entwicklung nach den Maßgaben der lokalen, betroffenen Bevölkerung müsste anders aussehen. Doch weiter wird an einer „Entwicklung“ gearbeitet, die das Ziel hat, Amazonien gegen alle Widerstände zu verwerten. Derartige Projekte haben etwas vermessenenes, größenwahnsinniges, denn die ganze Palette von Folgen, die aus dem Bau riesiger Staudämme und Straßen durch das Amazonasgebiet entstehen, können kaum abgeschätzt oder gar kontrolliert werden.

So bewahrheiten sich immer noch die einleitenden Worte von Márcio Souzas Roman von 1980 über den Bau der Mad Maria Eisenbahnlinie: „Was den Bau der Eisenbahnlinie betrifft, so ist daran vieles [was in diesem Roman geschrieben steht] wahr. Und wenn dem Leser etwas vertraut vorkommt, so täuscht er sich wohl nicht, denn der Kapitalismus schämt sich nicht, sich zu wiederholen“ (Souza 1984: 13).

20 Bis er einige seiner Farmen an Familienmitglieder überschrieben hat.

21 Etwa der *Liga de Defensa del Medio Ambiente* (Liga zum Schutz der Umwelt) aus Bolivien, deren Studie hier zitiert wird.

III. Fazit

Amazonien ist begehrt und umkämpft. Was mit dem Raum „Amazonasbecken“ passieren soll, wie er betrachtet wird, ist eine Frage, die für verschiedene Akteure mit unterschiedlichen, teils gegensätzlichen Interessen eine enorme Wichtigkeit hat. Die Länder Amazoniens haben das Recht, selbst zu entscheiden, was mit dem Amazonasgebiet geschehen soll – sicher, sie haben eine Verantwortung gegenüber der Weltbevölkerung, die einzigartigen Naturräume Amazoniens zu schützen. Diese Verantwortung nehmen auch die Länder Amazoniens auf sich und bekräftigen sie immer wieder – auch wenn die Praxis oft anders aussieht. Doch steht es den Industrienationen sehr schlecht an, den Ländern Amazoniens Vorschriften oder gar Vorwürfe zu machen, dass sie den Regenwald oder die Feuchtsavannen nicht ausreichend schützen würden. Schließlich sind es auch Unternehmen aus den Industrienationen des Nordens, die an der kapitalistischen Inwertsetzung Amazoniens kräftig mit verdienen. Die deutsche Bank West LB etwa investiert in und profitiert von der Erdölförderung in den amazonischen Gebieten Ecuadors – es gab bereits zahlreiche Unfälle, die Umwelt wurde massiv verseucht (vgl. Schulze von Glaßer 2009). Und erst die Massentierhaltung in den wohlhabenden Ländern des Nordens macht den Sojaanbau so profitabel, wie er jetzt ist, dass er direkten Einfluss auf die Abholzung des amazonischen Regenwaldes hat.

Die Länder Amazoniens haben also durchaus Recht, wenn sie sich keine Vorschriften von den Industrieländern machen lassen. Aber die Entscheidungsträger, das heißt die Regierungen und Unternehmen, die in Amazonien aktiv sind, beschneiden häufig genug die Rechte und Interessen der AmazonierInnen, die ein vitales Interesse an der Region haben. Die eingesessene Bevölkerung Amazoniens hat selbst genug Interesse, den Wald und die vielfältigen Naturräume der Region zu be-

wahren. Sie wissen selbst am besten, wie der Wald zu bewahren ist, denn sie kennen ihn am besten. Sie wissen auch besser als die Regierungen in den Zentren der jeweiligen Länder Amazoniens, wie der Wald zu schützen ist. Für die *seringueiros/as*, die Paranus- und BabaçusammlerInnen, FischerInnen und Kleinbäuerinnen und -bauern und Indigenen ist das Amazonasgebiet nämlich kein Hindernis, das es – notfalls mit Gewalt – zu bewältigen gelte sondern ihre Lebensgrundlage. So muss jede Schutzmaßnahme für die Natur des Amazonasgebietes mit den dort lebenden Menschen abgestimmt werden, ansonsten wird sie keinen Erfolg haben. Und deshalb sollen die letzten Worte dieser Studie aus der *Carta de Belém* zitiert werden, in der die Bevölkerung Amazoniens – Frauenorganisationen, Kleinbäuerinnen und -bauern, FischerInnen, *quilombolas*, SammlerInnen und indigene Ethnien – ihre Interessen zuletzt formulierten:

„Wir haben eine andere Vision von Territorium, Entwicklung und Wirtschaft, die wir über die Zeit aufbauen, basierend auf nachhaltiger Nutzung des Waldes und freier Benutzung der Biodiversität. Eine neue öffentliche Politik ist notwendig, die die Anerkennung und Wertschätzung für traditionelle Praxen garantieren muss, auf der Basis eines ausgewogenen Verhältnis' zwischen Produktion und Umweltschutz“ (Carta de Belém 2009, Übersetzung d. Verf.).

IV. Bibliographie

AA Länderinfo Brasilien (2009): „Wirtschaftsdatenblatt Brasilien“, in: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Brasilien/Wirtschaftsdatenblatt.html> (letzter Zugriff: 23.10.09)

ALC (10.11.2009): <http://alcnoticias.org/interior.php?lang=689&codigo=15439> (letzter Zugriff: 12.11.2009)

Bredenbeck, Kirsten (2009): „Brasilien: Regierungsmaßnahme MP 458 bestätigt Landräuber“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 109-112, Berlin: FDCL-Verlag, 2009 [zuerst erschienen in: *Brasilicum*, Nr. 83/184, Juni 2009]

Brazilintl.com (2009): [Homepage von Kory Melby], www.brazilintl.com (letzter Zugriff 20.10.2009)

Brock, Nils / Papacek, Thilo F. / Schäfers, Astrid (2004): „Tierische Korruption“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 360, Juni 2004, Berlin: : Lateinamerika Nachrichten 2004

Campari, João S. (2005): *The Economics of Deforestation in the Amazon – Dispelling the Myths*, Northampton, MA/ Cheltenham, UK: Edward Elgar, 2005

Carta de Belém (2009): Carta de Belém (Abschluss-erklärung amazonischer Basisorganisationen einer Konferenz am 2. und 3. Oktober zu REDD und marktorientierten Schutzmechanismen für den Regenwald), in: <http://www.redd-monitor.org/2009/10/15/brazilian-social-and-environmental-movements-reject-carbon-trading/> (letzter Zugriff: 24.11.2009)

Damm, Kurt (2009): „Entscheidung zu ‚Raposa Serra do Sol‘“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 42-44, Berlin: FDCL-Verlag, 2009

van Dijck, Pitou / den Haak, Simon (2006): *Troublesome Construction – IIRSA and Public-Private Partnerships in Road Infrastructure*, Amsterdam: Centre for Latin American Studies and Documentation, 2006

Estado de São Paulo (24.06.2009): „Entenda a MP458“, in: Onlineausgabe der Tageszeitung Estado de São Paulo, <http://www.estadao.com.br/noticias/nacional,entenda-a-mp-458-prestes-a-ser-sancionada-por-lula,392220,0.htm> (letzter Zugriff: 10.11.2009)

farmlandgrab (22.10.2009): „Brazil makes its case to Saudis that Brazilian agribusiness is good for them“ in: <http://farmlandgrab.org/8432> (letzter Zugriff: 23.10.09)

Fatheuer, Thomas (2008): „Viel Beton für Amazonien – Grünes Licht für Großstaudamm am Rio Madeira birgt Konfliktpotenzial“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 403, Januar 2008, Berlin: Lateinamerika Nachrichten, 2008

Fatheuer, Thomas (7/8/2008): „Machetenschlag gegen Eletronorte“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 409/410, Juli/August 2008, Berlin: Lateinamerika Nachrichten, 2008

Fatheuer, Thomas (2009): „Rettet der Markt den Wald? Die Debatte um Klimaschutz durch Waldschutz soll in einem neuen System festgelegt werden“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 113-116, Berlin: FDCL-Verlag, 2009

FDCL / Justiça Global / Comissão Pastoral da Terra / Terra de Direitos (2005): *Menschenrechtsverletzungen im Amazonas – Landkonflikte und Gewalt im Grenzgebiet von Pará*, [Übersetzung aus dem Portugiesisch von Sven Hilbig], Eichstätt: Lusophonie, 2005

Folha de São Paulo (29.06.2009): „Tamanho do Pará no cartório é quatro vezes maior“, in: *Folha de São Paulo*, Ausgabe vom 26. Juni 2006, São Paulo: Folha de São Paulo, 2009

Folha de São Paulo (09.07.2009): „Procuradoria vai ao Supremo contra lei de regularização fundiária da Amazônia“, in: *Folha de São Paulo*, Ausgabe vom 09. Juli 2006, São Paulo: Folha de São Paulo, 2009

Fritz, Thomas (2007): *Das Grüne Gold – Welthandel mit Bioenergie – Märkte, Macht und Monopole*, Berlin: FDCL-Verlag, 2007

Fritz, Thomas (2008): *Agroenergie in Lateinamerika – Fallstudien anhand vier ausgewählter Länder: Brasilien, Argentinien, Paraguay und Kolumbien*, Berlin: FDCL Verlag / Brot für die Welt, 2008

Fuser, Igor (2009): „Infrastruktur im Dienste des Großkapitals – Wie mit internationalen Programmen Amazonien in die Weltwirtschaft integriert werden soll“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 68- 72, Berlin: FDCL-Verlag, 2009 [Übersetzung aus dem Portugiesischen von Christian Russau; der Artikel erschien März 2008 in der brasilianischen Ausgabe der *Le Monde Diplomatique*]

Girndt, Cornelia (2009): „Bei uns bleibt der Dreck – Aluminium vom Amazonas“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 88-89, Berlin: FDCL-Verlag, 2009

Governo Mato Grosso (2009): <http://www.mt.gov.br/wps/portal/> (letzter Zugriff: 16.11.2009)

Handelsblatt (18.08.2009): „Land Grabbing – China erfindet Globalisierung neu“, in: [http://www.handels-](http://www.handelsblatt.com/politik/international/china-erfindet-globalisierung-neu:2445947)

[blatt.com/politik/international/china-erfindet-globalisierung-neu:2445947](http://www.handelsblatt.com/politik/international/china-erfindet-globalisierung-neu:2445947) (letzter Zugriff: 3.11.2009)

Hohmann, Mathias (2009): „Viel Land, viel Streit – Über die Front der fossilen Rohstoffindustrie im Amazonasgebiet von Peru“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 90-94, Berlin

Hohmann, Mathias (7/8/2009): „Blutroter Teppich für Investoren – Regierung von Alan García nach gewaltsamer Niederschlagung der Proteste in Amazonien in der Krise“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 421/422, Juli/August 2009, Berlin: Lateinamerika Nachrichten, 2009

Henze, Jonas (6/2007): „Petrodollar ohne Ölförderung – Verzicht auf die Ausbeutung von Ressourcen zugunsten einer alternativen Entwicklung“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 396, Juni 2006, Berlin: Lateinamerika Nachrichten, 2007

IIRSA (2009): www.iirsa.org (letzter Zugriff 13.11.2009)

Kleiber, Tina (2009): „Sammelgebiete für Amazoniens Flussanwohner: archaisch oder zukunftsweisend?“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 18-22, Berlin: FDCL-Verlag, 2009

Kleiber, Tina (2009b): „Wir müssen Belo Monte unbedingt verhindern!“ – Interview mit Antonia Melo“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 97-100, Berlin: FDCL-Verlag, 2009

Papacek, Thilo F. (3/2007): „Goldrausch mit Nebenwirkungen“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 393, März 2007, S. 43-45, Berlin: Lateinamerika Nachrichten, 2007

Papacek, Thilo F. (11/2009): „Waffen in der Friedenszone – Die Länder Südamerikas rüsten auf“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 425, November 2009, S.45-47, Berlin: Lateinamerika Nachrichten, 2009

Papacek, Thilo F. (2009b): „Modernes Mittelalter“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 53-55, Berlin: FDCL-Verlag, 2009

Pärsinnen, Martti (2003): „When did the Guaraní expansion toward the Andean foothills begin?“, in: Martti Pärsinnen, Antti Korpisaari (Hg.): *Western Amazonia – Amazonia Occidental – Multidisziplinäre Studien zu Antiken Expansionistischen Bewegungen, Fortifikationen und Seden-tary Life*, S. 29-71, Helsinki: University of Helsinki, 2003

Planalto (2007): http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/leis/LCP/Lcp124.htm (letzter Zugriff: 06.11.2009)

Programa Terra Legal (2009): <http://portal.mda.gov.br/terralegal/> (letzter Zugriff: 10.11.2009)

Mining Technology (2009): <http://www.mining-technology.com/projects/carajas/> (letzter Zugriff: 06.11.2009)

Moreno, Camila / Mittal, Anuradha (2008): *Food & Energy Sovereignty Now: Brazilian Grassroots Positions on Agroenergy*, Oakland: Oakland Institute / Terra de Direitos, 2008 [das Dokument kann im Internet als PDF heruntergeladen werden unter: http://oaklandinstitute.org/pdfs/biofuels_report.pdf (letzter Zugriff: 17.11.2009)]

Ramm, Thommy (9/10/2005): „Am Rande der Unregierbarkeit – Staatspräsident Alfredo Palacio gerät von einer Krise in die nächste“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 375/376, September/Okttober 2005, Berlin: Lateinamerika Nachrichten, 2005

Ribera Arismendi, Marco Octavio (2008): *La Amenaza del IIRSA en Bolivia*, La Paz, Bolivien: Liga de Defensa del Medio Ambiente, 2008

Rinke, Andreas (18.8.2009): „China im globalen Wettlauf um Nahrung“, in: <http://www.zeit.de/online/2009/34/china-saudi-arabien-landgrabbing> (letzter Zugriff 13.11.09)

Rodrigues, Gomercindo / Rabben, Linda (2007): *Walking the Forest with Chico Mendes – Struggle for Justice in the Amazon*, Austin, Texas: The University of Texas Press, 2007

Russau, Christian (2009): „Das ist denen zu politisch‘ – Der Anthropologe Mac Chapin über die schwierige Beziehung zwischen großen Naturschutzorganisationen und indigenen Gruppen [Interview]“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 40-41, Berlin: FDCL-Verlag, 2009

Schnieders, Anne / Fatheuer, Thomas (2009): „Militärs im Wald“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 45-48, Berlin: FDCL-Verlag, 2009

Schüller, Jochen (7/2009): „Eine nachhaltige Produktion von Palmöl gibt es nicht‘ – Interview mit der kolumbianischen Menschenrechtsaktivistin Ana María Lozano“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 421/422, Juli/August 2009, S. 31-33, Berlin: Lateinamerika Nachrichten, 2009

Schneider, Dr. Rafaël / von Oppeln, Constanze (2009): „Land Grabbing – Den Armen wird der Boden unter den Füßen weggezogen“, in: *Brennpunkt*, Nr.8/April 2009, Bonn: Deutsche Welthungerhilfe, 2009

- Schulze von Gläßer, Michael (2009): „Diese Havarie war Vorhersehbar – und die WestLB schweigt“ – Interview mit Klaus Schenk von ‚Rettet den Regenwald e.V.‘, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 95-96, Berlin: FDCL-Verlag, 2009
- Souza, Márcio (1984): *Mad Maria oder Das Klavier im Fluss*, Deutsch von Ray-Güde Mertin, 1., Köln: Kiepenheuer und Witsch, 1984
- Stokes, Charles E. (Jr.) (2000): *The Amazon Bubble: world rubber monopoly*, Fort McKavett, Texas: Autor, 2000
- Thomssen, Ines (12/2008): „Es geht darum, den Erdölverbrauch zu reduzieren“ – Ein Interview mit Esperanza Martínez vom internationalen Netzwerk Oilwatch über die Aussichten, Ecuadors größtes Erdölvorkommen unberührt zu lassen“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 414, Dezember 2008, Berlin: Lateinamerika Nachrichten, 2008
- Völler, Cindy / Ramos, Verena (2009): „Chico Mendes – Kautschukzapfer, Widerstandskämpfer, Umweltschützer“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 29-30, Berlin: FDCL-Verlag, 2009
- Völler, Cindy (2009): „Vom Sklaven zum Umweltschützer – Veränderte Wirtschaftsweise der Kautschukzapfer Amazoniens“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 31-33, Berlin: FDCL-Verlag, 2009
- Weidenberg, Kim / Bredenbeck, Kirsten (2009): „Soja in Santarém – Vom traditionellen Landbau zum Profit von US-Firmen“, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL et al. (Hg): *Amazonien – Stadt, Land, Fluss*, S. 77- 80, Berlin: FDCL-Verlag, 2009
- Wienold, Hanns (2006): „Brasiliens Agrarfront: Landnahme, Inwertsetzung und Gewalt“, in: *Peripherie*, Nr. 101/102, 26. Jg., S. 43-68, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2006 [Der Artikel ist auch im Internet einsehbar unter <http://www.linksnet.de/de/artikel/19995> (letzter Zugriff: 16.11.2009)]
- Zoller, Rüdiger (2000): „Präsidenten – Diktatoren – Erlöser: Das lange 20. Jahrhundert“, in: Walther L. Bernecker / Horst Pietschmann / Rüdiger Zoller (Hg.): *Eine kleine Geschichte Brasiliens*, S. 215-320, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2000

Jüngste Publikationen des FDCL:



Thomas Fritz

Peak Soil - Die globale Jagd nach Land

Herausgeber: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika

FDCL-Verlag, Berlin, 2009

164 Seiten, Preis: 12,- Euro

ISBN: 978-3-923020-46-1



Amazonien: Stadt - Land - Fluss

Das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde zwischen Schutz und Nutzung

Herausgeber: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e. V. (ASW), Fórum da Amazônia Oriental (FAOR) und Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)

Berlin, 2009

136 Seiten, Preis: 9,- Euro

ISBN: 978-3-923020-45-4



Thomas Fritz

Dem Weltmarkt misstrauen - Die Nahrungskrise nach dem Crash

Herausgeber: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika

FDCL-Verlag, Berlin, 2008

ISBN: 978-3-923020-43-0

Weitere Publikationen zum Herunterladen im Internet unter: www.fdcl.org

Über das FDCL

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) ist seit 1974 als Informations- und Kommunikationszentrum weit über die Grenzen Berlins hinaus Anlaufstelle und Treffpunkt für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren oder zu bestimmten Themen engagieren wollen. Diverse Projekte, politische Initiativen, Länderkomitees, MigrantInnengruppen und lateinamerikabezogene Medienprojekte arbeiten unter dem Dach des FDCL. Mit unserem Archiv leisten wir seit der Gründung des Vereins im Jahre 1974 einen kontinuierlich kritischen Beitrag zur Dokumentation der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika und dessen Beziehungen zu den Ländern des „Nordens“.

Was wir machen... Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritäts- und der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Mit dem regionalen Fokus Lateinamerika/Karibik beschäftigen wir uns zum Beispiel mit den verschiedenen Aspekten der Globalisierung und den internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung im Kontext des so genannten Nord-Süd-Verhältnisses. Außerdem mit Handels- und Entwicklungspolitik, Ökologie, Migration und Rassismus sowie den Beziehungen zwischen fortschrittlichen Bewegungen und politischen AkteurInnen hier und in Lateinamerika. Das Eintreten für die politisch-bürgerlichen wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist seit jeher ein zentrales Anliegen der Arbeit des FDCL.

Wir arbeiten zusammen mit... Das FDCL bildet seit 1974 zusammen mit den LN - Lateinamerika Nachrichten (LN) sowie seit 1996 auch mit der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE21) eine lebendige Bürogemeinschaft, in der auch attacberlin UntermieterIn ist, in den obersten Räumen des Berliner Mehringhofes. Wir arbeiten seit unserer Gründung mit sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Lateinamerika im Rahmen unserer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Das FDCL engagiert sich in verschiedenen entwicklungspolitischen und solidaritätsbezogenen Zusammenschlüssen und Kampagnen. So ist es Mitglied im Berliner entwicklungspolitischen Ratschlag (BER), im Netzwerk der Brasiliengruppen Deutschlands Kooperation Brasilien (KoBra), im Tropenwaldnetzwerk Brasilien, im Bundeskongress Internationalismus (BUKO), im Archiv-Verbund Archiv3, in der Koalition gegen Straflosigkeit, im lateinamerikanisch-europäischen biregionalen Netzwerk Enlazando Alternativas, bei Netzwerk Selbsthilfe sowie bei ATTAC-Deutschland.

Kontakt zum FDCL fon: + 49 [0]30 693 40 29 * fax: + 49 [0]30 692 65 90 * mail FDCL: fdcl-berlin@t-online.de
* mail FDCL-Archiv: archiv@fdcl.org * Internet: www.fdcl.org

Diese Publikation wurde finanziell gefördert durch:

inWent

Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ



Stiftung für eine, solidarische Welt
www.umverteilen.de



DIE NEUE LANDNAHME – Amazonien im Visier des Agrobusiness
Thilo F. Papacek | FDCL Berlin, 2009
ISBN | 978-3-923020-47-8